

Sozialdemokratischer PresseDienst

Verantwortlicher und Schriftführer:
Erich Wiffinghaus, Berlin.
Telefonnummer: Zwei Dürckoff 4190/4190.



Zeitschrift für Politik und Gesellschaft:
Berlin S.W. 61, Dorotheenstrasse 104 &
Drahtanschrift: Copaldruck

Die Herstellung erfolgt im Selbstverlag.

Der Abdruck ist nur auf Grund besonderer Berechtigung gestattet. Kündigung beiderseits 4 Wochen vor dem Erscheinungstermin, wenn nicht anderes vereinbart ist. Erscheinungsort für beide Zeile ist Berlin.

Berlin, den 10. Nov. 1931.

China und Japan.

Der Krieg im fernen Osten.

Int. Institut
Soz. Geschlechts
Amsterdam

SPD. Wenn der Völkerbundsrat am 16. November in Paris zu einer ausserordentlichen Session abermals zusammentritt, wird er keine Entspannung, sondern vielmehr eine weitere überaus kritische Zuspitzung des chinesisch-japanischen Konflikts um die Mandschurei registrieren müssen.

Der Ratsbeschluss vom Oktober, der Japan eine Räumung der neubesetzten Orte und Stützpunkte vorschrieb, ist nicht befolgt worden. Umgekehrt sind japanische Truppen weiter vorgedrungen, japanische Flugzeuge haben wiederum Bombenangriffe ausgeführt und in anderen chinesischen Gebieten wie in Tientsien, ist es neuerdings zu Schiessereien zwischen chinesischen und japanischen Truppen gekommen. Wo die Chinesen können, setzen sie sich zur Wehr und an der strategisch wichtigen Nonnibrücke haben sich regelrechte und blutige Schlachten mit wechselndem Erfolg abgespielt. Das alles schafft eine sehr ernste Lage, nicht nur für die unmittelbar beteiligten Staaten, sondern auch für alle indirekt im fernen Osten besonders interessierten Regierungen und schliesslich nicht zuletzt für den gesamten Völkerbund.

Als derzeitiger Ratspräsident hat Briand beide Staaten, insbesondere Japan ermahnt, die Beschlüsse des Rates zu befolgen, aber der bisherige Misserfolg dieser Mahnung ist offenkundig. Die Regierung von Nanking beteuert immer wieder ihre Loyalität gegenüber dem Völkerbund, hat aber anscheinend die Generale in den weitentfernten Gebieten der Mandschurei nicht mehr in der Hand. Sie leisten nicht nur militärischen Widerstand, sondern sind zum Gegenangriff dort übergegangen, wo ihnen der Erfolg zu winken scheint. Die Regierung von Tokio hingegen versucht, die Gültigkeit des Völkerbundsbeschlusses überhaupt zu bestreiten und verschanzt sich immer wieder hinter jenen Vorbehalt, dessen Anerkennung der Rat auf seiner letzten Tagung ausdrücklich abgelehnt hatte. Sie erklärt, dass China vorerst die "grundlegenden Prinzipien" des Konflikts, also die "Rechte" Japans in der Mandschurei, bestätigen müsste, bevor Japan mit China über eine etwaige Räumung der neubesetzten Ortschaften überhaupt verhandele. Im übrigen begnügt sich Japan damit, die Richtigkeit der neuen chinesischen Anklagen zu bestreiten, die Schuld an den blutigen Zusammenstößen auf die Chinesen abzuwälzen und vor allem mit dem Argument der chinesischen "Räuberbänden" zu operieren. Da aber Japan zu gleicher Zeit einen chinesischen Vorschlag einer Entsendung von neutralen Sachverständigen an Ort und Stelle immer wieder kategorisch ablehnt, ist man berechtigt, seinen Darstellungen der Vorgänge das stärkste Misstrauen entgegenzusetzen.

Wird es nun der Pariser Ratstagung gelingen den sich immer weiter ausbreitenden Konflikt beizulegen, der neuerdings um so bedenklichere Formen angenommen hat, als die Sowjetunion aus ihrer bisherigen Reserve hervortritt? Man muss den Mut haben, den Tatsachen, mögen sie noch so unangenehm sein, ins Gesicht zu sehen. Deshalb muss zugegeben werden, dass die Aussichten für den

Völkerbund, seinen Willen durchzusetzen und den Frieden im fernen Osten zu erzwingen, gegenwärtig nicht gut stehen. Japan hat vielmehr mit vollem Bewusstsein für sein imperialistisches Vorgehen in der Mandschurei den Augenblick gewählt, von dem es wusste, dass die Grossmächte unfähig zu einer energischen Gegenaktion sein würden. Die weltwirtschaftskrise nimmt die Regierungen in Europa und Amerika so stark in Anspruch, dass sie zur Zeit nicht in der Lage sind, so energisch zugunsten Chinas in der Mandschurei einzugreifen, wie sie es in anderen Zeiten zweifellos tun würden. In den Jahre 1920/21 hatte Japan nicht nur die gesamte Mandschurei, sondern darüber hinaus den östlichen Teil Sibiriens militärisch besetzt. Damals musste es unter dem stärksten Druck der Vereinigten Staaten und Englands diese Gebiete räumen und sich mit der Wahrung seiner angeblichen Rechte auf die südliche Mandschurei begnügen. Aber es hat seitdem geduldig und zielbewusst auf den Augenblick gewartet, in dem es seine imperialistischen Ziele ungestört würde weiter verfolgen können. Dieser Zeitpunkt ist jetzt gekommen.

An eine bewaffnete Intervention, die in anderen Zeiten zweifellos von den Vereinigten Staaten ernstlich erwogen werden würde, ist angesichts der kritischen Lage der amerikanischen Finanzen auf absehbare Zeit nicht zu denken. Das gleiche gilt für die Völkerbundsmächte, die nach dem Wortlaut der Satzung eigentlich verpflichtet wären, China mit allen Mitteln, einschliesslich der militärischen, zu schützen. Indessen würde wahrscheinlich die Androhung wirtschaftlicher Zwangsmassnahmen auf Grund des Völkerbundstatuts und des Kellogg-Paktes genügen, um Japan zum Einlenken zu bringen. Aber die Regierung von Tokio hat berechtigten Grund zur Annahme, dass die Grossmächte zur Zeit nicht einmal in der Lage sind, zu wirtschaftlichen Zwangsmassnahmen zu schreiten. Bei der Zusammenschrumpfung des Welthandels, bei der ungeheuren Arbeitslosigkeit ist es ein überaus schwerer Entschluss, auf den Handel mit Japan zu verzichten. Japan ist nun einmal einer der grössten Abnehmer der europäischen und amerikanischen Industrie und liefert selbst an das Ausland wertvolle Rohstoffe, deren Ausbleiben die Existenz zahlreicher Unternehmungen gefährden würde, ganz abgesehen davon, dass ein internationaler Boykott Japans durch den Völkerbund die Gefahr einer militärischen Intervention erheblich näher rücken würde.

Dennoch darf der Völkerbund, so schwer seine Aufgabe auch sein mag, in seinen Bemühungen nicht nachlassen. Im französischen Auswärtigen Amt soll unter den Berufsdiplomaten bereits eine starke Misstimmung gegen Briand vorhanden sein, weil er sich als Ratspräsident im Mandschurei-Konflikt viel zu weit vorgewagt habe. Man sieht voraus, dass diese ganze Aktion mit einer moralischen Niederlage des Völkerbundes enden und obendrein zu einer Misstimmung in Japan gegen Frankreich führen werde. Aus ähnlichen Erwägungen sind auch andere Ratsmächte bestrebt, sich bei der weiteren Behandlung des mandschurischen Konfliktes möglichst zurückzuhalten. Die Stimmen aus Amerika klingen überaus gedämpft. Freilich besteht auf der anderen Seite die wachsende Sorge um die Haltung der Sowjetunion. Es wäre daher ernstlich zu erwägen, ob man nicht der russischen Regierung anheimstellen sollte, an der Pariser Ratstagung in der gleichen inoffiziellen Form mitzuwirken, wie es neuerdings die Vereinigten Staaten tun.

Sollte es dem Völkerbund nicht gelingen, China gegen den japanischen Raubzug zu schützen und den Konflikt in der Mandschurei zu beenden, so wird das für den Völkerbundgedanken eine schwere moralische Belastung bedeuten. Aber es wäre eine Katastrophe, wenn die Welt den Eindruck gewinnen würde, dass der Völkerbund im Gefühl seiner derzeitigen Ohnmacht sogar auf den Versuch verzichtet, seine Mission als Friedensstifter zu erfüllen.

SPD. In Hitlers Privatarmee gärt es. Darum Hitlers Braunschweiger Parole an die SA, eine Stunde vor dem Ziel die Nerven nicht zu verlieren, darum innerhalb der Leitung der SA eine seltsame Geschäftigkeit, die bei den Prätorianern den Eindruck erwecken soll, als ginge es morgen oder übermorgen los. Was die Herrschaften zur Erweckung dieses Eindruckes alles anstellen zeigt folgender Befehl des Osaf-Stellvertreters an die SA-Organisationen:

Von OSAF.
Str. Vertr.

4.10.31.

1. Die schon längere Zeit vorgesehene Umorganisation der SA ist nunmehr in Angriff. Besondere Aufgaben lassen den Zeitpunkt für geeignet erscheinen. In Gruppen- und U.-Gr.-Führerbesprechungen sind die näheren Gründe dargelegt. Als deren Folge wird angeordnet:
 - a) Alle arbeitslosen SA-Leute, die mindestens seit 1.5.31 der SA angehören, sind listenmässig zusammengefasst umgehend der OSAF zu melden. Spätester Termin 1.11.31. Die Meldungen erfolgen gesondert für gediente und ungediente Leute.
 - b) Die noch fehlenden Ausrüstungsgegenstände sind sofort festzustellen und von der Zeugmeisterei anzufordern. Die ZM sind angewiesen, von der bisherigen Zahlungs- und Lieferweise abzusehen und die Verrechnung direkt mit der Stuba.-Verwaltung vorzunehmen. Innerhalb der nächsten 14 Tage sind Kleider-Appelle anzusetzen, in denen sich die StubaF. von der Vollständigkeit der Ausrüstung überzeugen. Ueber die ordnungsgemässe Durchführung ist auf dem Dienstwege zu berichten.
 - c) Ab sofort gilt für alle SA-Leute folgender Befehl: Wer sich länger als 3 Tage vom Standort seines Sturmes entfernt, muss sich von seinem Sturm an den überweisen lassen, in dessen Standort der Aufenthalt ist. Ist ein Sturm dort nicht vorhanden, so schliesst er sich für die Zeit seines dortigen Aufenthaltes dem nächstgelegenen St. an. Die Stuf. sind dafür verantwortlich, dass die Kontrolle über diese Leute nicht verloren geht. Wer ohne Ueberweisung den Sturmstandort verlässt, ist aus der SA ausgeschlossen.
 - d) Uniform- und Ausrüstungsgegenstände sind den SA-Leuten sofort abzunehmen und zentral zu lagern. (Beim Stuf.) Die Gegenstände sind gesondert zu packen und mit Anschrift zu versehen. Ueber den Ort der Aufbewahrung ist den SA-Leuten keine Mitteilung zu machen. Die im Besitz der SA-Leute befindlichen Fahrräder sind dem Stuf. zu melden. Fahrradtrupps werden dem dienstältesten Scharführer unterstellt. Die Stärke ist auf dem Dienstwege zu melden.
2. Umlegung der SA. innerhalb des Standortbereichs.

In einer demnächst stattfindenden Führer-Besprechung werden die neuen Standorte der einzelnen Stürme geregelt. Diese Umlegung hat nicht ständigen Wert und gilt nur auf besonderen Befehl. Es ist zu erreichen, dass im Falle einer Anordnung Stürme nur dort liegen, wo die SA-Leute ihrem Bekanntenkreise enthoben sind. Die Erfahrungen der ersten Nachkriegsjahre lassen dies im Falle der Machtergreifung wünschenswert erscheinen. Die SA-Leute sind über diese Möglichkeit in vorsichtiger Weise zu unterrichten. SA-Männer, die als unsicher gelten oder für besondere Aufgaben nicht geeignet erscheinen, sind zu verurlauben. Es ist nach dem Grundsatz zu verfahren nicht die zahlenmässige Stärke, sondern gewandte Aktivität ist für die Brauchbarkeit eines Sturmes massgebend.
3. Versetzung zur SS. Von der SS-Leitung werden demnächst aus den Reihen der SA im Einverständnis mit der Osaf, einzelne Leute zur SS angefordert. Es sind solche Leute auszuwählen, die zuverlässig erprobt und in der Lage sind, auf plötzliche Anforderung sofort ihren Wohnsitz zu verlassen.
4. In den Tagen vom 31.10. bis 5.11.31 finden im Gru.-Bereich Besprechungen statt. Anwesend sind die Stuf. Im Falle der Verhinderung durch Arbeit usw.

wird ein anderer durchaus zuverlässiger Amtswalter entsandt. Tag, Ort und Stunde werden kurz vorher durch Sonderbefehl bekanntgemacht. Die Kosten werden zur Hälfte von dem Teilnehmer und zur anderen Hälfte von der Stuf.-Kasse getragen. Auf 4 bis 5 Tage Abwesenheit vorbereiten.
5. Mo.-Ra. sofort fertig machen.

Abt.XI.

Dieser Befehl an Hitlers Privat-Armee lässt die Frage auftauchen, wie lange die zuständigen Amtsstellen die kriegsmässig ausgerüsteten Prätorianerorganisationen der Nazis noch dulden wollen. Sind diese Organisationen etwa keine Gefahr für die öffentliche Sicherheit und Ordnung?

SPD. Paris, 10. November (Eig. Drahtb.)

Der Berliner Berichterstatter des "Intransigeant" hatte mit dem Vorsitzenden der dritten Unterkommission des deutsch-französischen Wirtschaftsausschusses Frowein eine Unterredung, der ihm u.a. erklärte, der Zweck einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Frankreich und Deutschland bestehe in einer so engen Fusion der Wirtschaftsinteressen, dass alle anderen Fragen überflüssig würden. Kein Krieg würde mehr möglich sein, wenn die wirtschaftliche Zusammenarbeit die Völker vereine.

Frowein fügte hinzu, dass eine industrielle Zusammenarbeit im Sinne der bestehenden Kartelle wenig wahrscheinlich sei, weil sich die Kartelle mehr oder weniger selbständig bildeten, während die Wirtschaftskommission Einrichtungen schaffen wolle, die von den Regierungen kontrolliert würden. Der Weg, der zu dieser industriellen Zusammenarbeit führe, sei vielmehr der eines internationalen Freihandels, sowohl in bezug auf die Waren als auf die Kredite und die Arbeiten. Die Wirtschaftspolitik habe zwar in der letzten Zeit den entgegengesetzten Weg eingeschlagen, aber er, Frowein, glaube, dass die Ansicht, wonach das einzige Mittel zur Bekämpfung der Krise die Schaffung eines Europa sei, das alle seine Anstrengungen vereine und in dem alle wirtschaftlichen Grenzen verschwinden, Boden gewinne.

SPD. Der Reichsminister des Innern hat die Innenminister der Länder zum 17. November zur Besprechung der politischen Lage nach Berlin eingeladen. Der Reichsinnenminister beabsichtigt bei dieser Gelegenheit sein innenpolitisches Programm zu entwickeln.

SPD. Paris, 10. November (Eig. Drahtb.)

Der deutsche Botschafter von Hoesch hatte am Dienstag-Vormittag eine Unterredung mit Aussenminister Briand, die der Weiterführung der deutsch-französischen Verhandlungen in der Reparationsfrage diene. Ausserdem wurden die Frage besprochen, mit denen sich der am 16. November in Paris zusammentretende Völkerbundsrat befassen wird.

Die Meldung des "Echo de Paris", dass der Botschafter der französischen Regierung ein Memorandum in der Reparationsfrage überreichen werde, wird von französischer und deutscher Seite dementiert.

SPD. Ein Vortrag des Reichsbannerführers Höltermann zum 9. November im Berliner Rundfunk hat die Bürokratie im Reichsministerium des Innern auf den Plan gelockt und die Rechtspresse in auffallender Einmütigkeit veranlasst, gegen Preussens Stellung zu nehmen. Eine Einmütigkeit, die wohl nur dadurch

zu erklären ist, dass aus dem Rundfunkreferat des Reichsministeriums des Innern ein wenig nachgeholfen worden ist.

Zur Sache selbst ist festzustellen, dass Höltermann am Montag-Abend im Berliner Rundfunk als alter Frontsoldat einen Vortrag über die Vorgänge am 9. November 1919 gehalten und er dabei selbstverständlich nicht verschwiegen hat, dass wir in Deutschland eine Revolution gehabt haben. Wie weit entfernt er davon gewesen ist, einen parteipolitischen Agitationsvortrag zu halten, wie die Rechtspresse ohne jeden Grund und ohne sachliche Angaben behauptet, zeigt die Tatsache, dass er u. a. gesagt hat:

"Aber nicht wegen innerpolitischer Ziele, sondern für Deutschland schlechthin sind die Arbeiter in den Krieg gezogen. Unsere besonderen innerpolitischen Zielsetzungen verschwanden angesichts der besonderen Gefahren, die Deutschland bedrohten."

Wir glauben, dass diese Sätze klar für die Tendenz des Höltermann'schen Vortrags sprechen und man es einfach nicht verstehen kann, wenn man aus diesem Vortrag einen Bruch der parteipolitischen Neutralität des Rundfunks herausliest. Wir glauben weiter, dass die beiden preussischen Mitglieder des politischen Ueberwachungsausschusses, die Herren Heilmann (Soz) und Riedel (Staatspt) genug politischen Instinkt und Taktgefühl besitzen, um keinen Vortrag zuzulassen, der die Neutralität des Rundfunks durchbricht. Uebrig bleibt also nur ein höchst peinlich anmutender Versuch, einen Bruch der Neutralität des Rundfunks durch Preussen konstruieren zu wollen.

Die Organisation des Rundfunks ist die, dass der Reichsrat Richtlinien festgesetzt hat, nach denen politische Ueberwachungsausschüsse und kulturelle Beiräte über die Darbietungen des Rundfunks zu wachen haben. In diesen politischen Ueberwachungsausschüssen, die je drei Mann stark sind, sitzen immer zwei Vertreter des Landes, in dem der zu besprechende Sender liegt, und ein Reichsvertreter. Dieses Zahlenverhältnis scheint dem Rundfunkreferat im Reichsinnenministerium, insbesondere seinem deutschnationalen Leiter - oder ist er gar schon Nazi - längst nicht mehr zu passen. Es möchte für das Reich eine Majorität erreichen und die Länder in den Hintergrund drängen. Demgegenüber ist festzustellen, dass nach der Verfassung die Kulturpolitik Sache der Länder ist und der Rundfunk im wesentlichen ein Instrument der Kulturpolitik ist. Die Länder werden es sich also im Reichsrat auf das schärfste verbitten müssen, dass man ihre in den Richtlinien festgelegten Rechte verkürzen und die zahlenmässigen Verhältnisse in den Ueberwachungsausschüssen ändern will. Ziel und Zweck des Vorstosses der Ministerialbürokratie im Reichsinnenministerium ist zweifellos, den Rundfunk, der bisher tatsächlich überparteilich war, in das reaktionäre Fahrwasser herüberzuleiten. Preussen muss und wird allen derartigen Bestrebungen selbstverständlich scharfen und, wie zu erwarten ist, erfolgreichen Widerstand entgegensetzen.

Im ubrigen hätte das Rundfunkreferat im Reichsministerium des Innern allen Anlass gehabt, peinlich zu schweigen. Als kürzlich bei einer Uebertragung anlässlich des Geburtstages des Reichspräsidenten hohe Militärs, die im Rundfunk sprachen, sich nicht an ihr vorher zensuriertes Manuskript hielten, hat man von der "Ueberparteilichkeit" und "Korrektheit" der deutschnationalen Herren im Rundfunkreferat des Reichsinnenministeriums nichts gemerkt. Anwendungen dieser Art scheinen die Herren nur zu bekommen, wenn Republikaner reden. Man stelle sich vor, Höltermann wäre ebenfalls von seinem Manuskript abgewichen. Da hätten die Herren nicht geschwiegen... So bedeutet der "Fall Höltermann", den man jetzt konstruiert und in Szene gesetzt hat, mindestens zugleich ein "Fall Scholz", das heisst der Fall des Herrn, der keine Republikaner leiden kann und doch in dieser Republik immer noch beschäftigt wird.....

Die Art wie der ganze Skandal aufgebauscht worden ist, lässt übrigens seinen Sinn und Zweck eindeutig erkennen. Es war bisher üblich, dass Differenzen zwischen zwei Amtsstellen nicht vor der Öffentlichkeit ausgetragen wurden. Von dieser Gepflogenheit ist man diesmal im Reichsministerium des Innern bewusst abgegangen. Statt eine Klärung der Dinge in Verhandlungen mit der

preussischen Regierung vorzunehmen, hat das Reichsinnenministerium am Dienstag ohne Wissen der preussischen Regierung in der Berliner Pressekonferenz die Sache breitreteten lassen und zwar ohne dass vorher von journalistischer Seite auch nur eine einzige entsprechende Anfrage gestellt worden wäre. Die preussische Regierung ist über dieses Verhalten einer Reichsstelle mit Recht empört.

Der preussische Landtagsabgeordnete Riedel, der gegenwärtige Vorsitzende des politischen Ueberwachungsausschusses bei der berliner Funkstelle teilt zu dem Rundfunk-Skandal mit :

"Bei dem beanstandeten Vortrag des Reichsbannerführers Höltermann, in welchem das Verhältnis der Arbeiterschaft zum gegenwärtigen Staat erörtert wurde, handelte es sich um die einzige Veranstaltung aus Anlass des 9. November. Dieses Verhältnis wurde von dem Vortragenden aus den Kriegserfahrungen heraus entwickelt. Der Reichsvertreter im Ueberwachungsausschuss hatte den Vortrag offenbar völlig missverstanden. Er beanstandete sogar ein Zitat, mit welchem der als Kriegsfreiwilliger gefallene Reichstagsabgeordnete Ludwig Frank durchaus vaterländisch seine Kriegsteilnahme seiner Zeit begründet hatte. Trotzdem schlug der Ueberwachungsausschuss unter Mitwirkung des Reichsvertreters der Funkstunde erhebliche Änderungen an dem Vortrage vor, damit dieser vollkommen unmissverständlich und unparteiisch sei. So ist in all den Jahren seither immer verfahren worden. Dieser Fall erscheint deshalb künstlich aufgebaut, damit die von einer gewissen Bürokratie schon längst geplanten Änderungen durchgesetzt werden sollen. Welche politischen Folgen es aber gehabt hätte, wenn gerade jetzt, am 9. November ein Vortrag eines Reichsbannerführers in allerletzter Stunde abgesetzt worden wäre, darüber scheint man sich im Reichsministerium des Innern anscheinend den Kopf nicht zerbrochen zu haben."

SPD. München, 10. November (Eig. Drahtb.)

Die tägliche Mordhetze in dem Münchener Hitler-Blatt nimmt jetzt geradezu ungeheuerliche Formen an, ohne dass sich ein Staatsanwalt findet, der gegen diese Verbrechen einschreitet.

Am Dienstag veröffentlicht der "Völkische Beobachter" eine Rede des militärischen Leiters der Hitler-Armee, des Hochverrätters Röhm, die er bei einer sogenannten Trauerfeier im Braunen Haus für die 1923 erschossenen Putschisten gehalten hat. Fett gedruckt wird folgende Stelle herausgehoben: "Wir wollen hart sein in dem Kampf, den wir heute zu führen haben. Wir wollen hart sein am Tage des Sieges und wir wollen hart sein, wenn wir die Macht übernommen haben. Hart sein in dem Sinn, dass wir die Vergeltung in Anspruch nehmen gegen alle diejenigen, die uns diese Opfer zugemutet haben."

Bei den öffentlichen Revolutionsversammlungen der Hakenkreuzler tat sich besonders der General Epp durch eine unflätige und verlogene Hetzrede gegen die Sozialdemokratie hervor. U. a. putschte er die Versammlung mit folgender Behauptung auf: "Beim Abschluss des Friedensvertrages wollte uns Frankreich 200 000 Mann Reichswehr zugestehen, aber ein prominenter Sozialdemokrat erklärte, die brauchen wir nicht, es genügen uns 100 000 Mann. Gebt uns dafür 100 000 Mann Polizei, die wir uns nach unserem Sinn ausgestalten. So kam es dann auch, und das sind die 100 000 Gummiknüppel, die wir jetzt haben." In Beantwortung dieser Hetzrede bezeichnen wir Epp als gemeinen Lügner!

In der gleichen Versammlung hetzte der Abgeordnete Börger mit folgenden Worten: "Die SPD ist die französische Fraktion im deutschen Reichstag, die KPD ist die russische Fraktion und das Zentrum: eine Hand wäscht die andere und sie beide sind dreckig." Am Schluss nahm dann der Nazi-Gauleiter von Oberbayern der bis zum Siedepunkt verhetzten Versammlung den Schwur ab: "Ihr (gemeint sind die Marxisten) sollt in diesem 13. Jahr der Revolution sterben."

Aus dem "Völkischen Beobachter" ist im übrigen ersichtlich, dass der Renegat August Winnig endlich den offiziellen Anschluss an die Nazi-Partei gefunden hat. Er wirkte von Hitler herufen vom 2. bis 7. November als Lehrer der Gaubetriebszellenleiter an der sogenannten Reichsführerschule in München.

SPD. Braunschweig, 10. November (Eig. Dr.)

Der braunschweigische Nazi-Minister Klagges hat seine Amtstätigkeit vor wenigen Wochen mit einer Versammlung eröffnet, in der er erklärte, dass er den Kampf gegen den Hunger aufnehmen werde, dass er aber zunächst noch nichts über seine Tätigkeit sagen könne. Man solle vielmehr seine Taten abwarten. Am Dienstag haben seine Freunde zusammen mit den Rechtsparteien im braunschweigischen Landtag den Antrag auf Zahlung einer Winterbeihilfe an die Hilfsbedürftigen, die vier Jahre lang hintereinander gezahlt wurde, abgelehnt. Die Taten des Herrn Klagges, die man abwarten sollte, scheinen also bestimmt nicht auf dem Gebiet der sozialen Fürsorge zu liegen.

SPD. Die Beschimpfungen des Zentrums, die sich die Hakenkreuz-Presse anlässlich der letzten Rede Brüning's im Parteiausschuss des Zentrums geleistet hat, erreichen ihren Höhepunkt durch einen Kommentar, der in dem Monatsblatt des nationalsozialistischen Parteiverlages in München erschienen ist. Dort heisst es wörtlich:

"Diese Heuchler der verlogenen Zentrumspartei, diese korrupten Gauner und Fälscher, diese notorischen Verbrecher und Betrüger ziehen bei Prozessionen mit geweihten Kerzen in ihren schmierigen Pfoten einher, nehmen für sich das Christentum in Erbpacht und verleumden die Nationalsozialisten als Kirchenfeinde. Was dieses Gesindel treibt, hat mit Christentum nicht das geringste zu tun und wir verbitten uns ganz energisch, dass Zentrumsführer, in deren Reihen Betrüger und Wechselfälscher vom Schlage eines Nientimp und Schröder sitzen, es überhaupt wagen, das Wort Jesus Christus in ihren entweihten Mund zu nehmen. Die Aufgabe der Nationalsozialisten wird es sein, diesen verlotterten und korrupten Bonzensumpf der Zentrumspartei auszumisten. Hinweg mit den scheinheiligen Heuchlern, Lügnern und Betrügern im Zentrumsrock."

Das ist die "nichtamtliche" Sprache der Nazis. In der "amtlichen" buhlen die Herrschaften um das Zentrum, das sie "nichtamtlich" in der gemeinsten Weise beschimpfen.

SPD. Genf, 10. November (Eig. Drahtb.)

Eine ausführliche chinesische Note an das Sekretariat des Völkerbundes reiht die blutigen Zwischenfälle vom 8. und 9. November in Tientsin in die Reihe der japanischen Versuche ein, Aufruhr gegen die chinesische Regierung zu stiften, um den Frieden und die öffentliche Ordnung noch vor dem 16. November dem Tage des Zusammentritts des Rats, empfindlich zu stören.

Am 8. November seien - so teilt China mit - an regierungsfeindliche Chinesen mehr als 500 Handfeuerwaffen verteilt worden. In der Nacht seien dann 2000 Menschen mit japanischen Fahnen aus der japanischen Konzession hervorgebrochen und hätten Polizeiposten nahe der Konzession und der japanischen Kaserne angegriffen. Infolge guter Vorbereitungen hätte die Polizei aber die Ordnung rasch wiederherstellen können. Der japanische Kommandant habe am nächsten Vormittag vom Gouverneur Wang die Zurückziehung des Militärs und der Polizei auf 300 Meter von der japanischen Konzession verlangt. Dieser habe nach einer zweiten japanischen Aufforderung am Nachmittag erst die Polizei zurückgenommen, da inzwischen der Rest der Aufrührer sich in die japanische Konzession geflüchtet hatte. Trotzdem sei gegen 6,30 Uhr die Chinesenstadt von den japanischen Kasernen mit 30 Granaten bombardiert worden. Der japanische Kommandeur habe auf Anfrage geantwortet, dass er davon gar nichts wisse. Anderen Ausländern gegenüber habe er sich auf einen Streit zwischen japanischen und chinesischen Truppen berufen.

SPD. Die Pressestelle des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold teilt mit:

Am Sonntag hatte die Reichsbanner-Ortsgruppe Eutin eine Landpropaganda unternommen. Als die Abteilung gegen Mittag nach Eutin zurückkehrte, fand auf dem Marktplatz ein von den Nationalsozialisten veranstaltetes Konzert statt. Die Nationalsozialisten umlagerten den Platz und empfingen die zurückkehrende Reichsbannerabteilung mit Johlen und Schimpfen. Die Reichsbannerleute waren diszipliniert genug, auf diese Anpöbeleien nicht einzugehen, so dass es zu keinen Zwischenfällen kam.

Am Montag abend fand eine republikanische Kundgebung statt. Etwa 500 bis 600 Republikaner marschierten unter schwarzrotgoldenen Fahnen durch Eutin. Der Umzug war vorschriftsmässig angemeldet und genehmigt. Die Nationalsozialisten hatten Verstärkung nach Eutin herangeholt. Sie überfielen die nichtuniformierten Teilnehmer des Zuges, für deren Schutz sich die Schupo-Abteilung einsetzte. Es entspann sich ein Kampf, bei dem ein Nationalsozialist getötet und acht Reichsbannerleute schwer verletzt wurden, ferner sind eine Anzahl Leichtverletzte zu verzeichnen. Die Schuld an diesen Vorgängen trifft in erster Linie die Polizei, die es verabsäumt hatte, die notwendigen Sicherheitsmassnahmen zu treffen. Da Eutin nur drei Polizeibeamte besitzt, wäre es Pflicht des Polizeiverwalters gewesen, für Verstärkung zu sorgen, zumal nach den Vorgängen am Sonntag mit nationalsozialistischen Störungsversuchen zu rechnen war.

In Bremen ist es bereits am Donnerstag und Freitag in einzelnen Stadtteilen zu kleineren Zusammenstössen zwischen Nationalsozialisten und politisch Andersdenkenden gekommen, die auf das provokatorische Auftreten der Nationalsozialisten zurückzuführen sind, denen das Tragen ihrer Parteiuniform in Bremen nicht verboten ist. Am Montag abend veranstalteten sie eine Totengedenkfeier, deren Ende zeitlich zusammenfiel mit den grossen Revolutionsfeiern der Sozialdemokratischen Partei. Zunächst gab es hier und da Zusammenstösse, bis plötzlich vor dem Volkshaus ein grosser Haufen uniformierter Nationalsozialisten erschien und die im Volkshaus versammelten Reichsbannerleute provozierte. Es kam zu Zusammenstössen, bei denen ein Nationalsozialist getötet wurde, ferner gab es auf beiden Seiten eine Anzahl Verletzte. Die Polizei verhaftete 40 Personen und nahm schliesslich eine Durchsuchung des Volkshauses auf Waffen vor, die jedoch ergebnislos verlief. Diese einseitige Massnahme der Polizei hat die zuständige Stelle zu einem scharfen Protest veranlasst, denn es steht einwandfrei fest, dass die Zwischenfälle durch die Nationalsozialisten provoziert worden sind. Am Dienstag war in der ganzen Stadt Bremen eine starke Unruhe festzustellen, die insbesondere auf den Stempelstellen zum Ausdruck kam.

SPD. Kiel, 10. November (Eig. Drahtb.)

Die Vorgänge in Neumünster und Eutin sind nur kleine Ausschnitte aus dem verbrecherischen Treiben der Nationalsozialisten in Schleswig-Holstein. Die Klagen, dass die Söldnertruppen Hitlers in unerhörter Weise die Bevölkerung terrorisieren, kommen fast aus allen kleinen Landstädten.

In Bad Oldesloe erklären die republikanisch gesinnten Kreise der Bevölkerung, dass es ihnen kaum noch möglich ist, sich in der Dunkelheit auf der Strasse sehen zu lassen. Wo die Nationalsozialisten infolge einer starken Arbeiterorganisation eine hoffnungslose Minderheit sind wie in dem "roten Krepel" an der Westküste Schleswig-Holsteins, schicken sie ihre Horden auf Lastautos von auswärts hin. Arbeitervertreter werden von ihnen auf der Strasse überfallen und mit Revolvern bedroht. In Lunden musste infolge des unerhörten Terrors die Polizei durch auswärtige Landjäger verstärkt werden. Aber sie ist auch jetzt noch zu schwach um dem Treiben Einhalt zu gebieten.

SPD. Der Verwaltungsrat der Deutschen Reichspost befasste sich am Dienstag mit einem Nachtrag zum Voranschlag der Deutschen Reichspost für 1931, der die im ursprünglichen Haushaltsentwurf angesetzten Einnahmen und Ausgaben um je 100 Millionen RM herabsetzt.

Amtlich wird dazu mitgeteilt: Die allgemein ungünstige Wirtschaftslage brachte auch der Deutschen Reichspost einen nicht unerheblichen Einnahmerückgang, der nach der Entwicklung der letzten Monate zu schliessen, für das ganze, bis zum 31. März 1932 laufende Rechnungsjahr auf mindestens 100 Millionen RM veranschlagt werden muss. Die Reichspostverwaltung hofft, diesen Einnahmeausfall durch sparsamste Wirtschaftsführung ausgleichen zu können, nachdem ihr der Verwaltungsrat durch die Annahme des oben erwähnten Nachtrags hierfür die Grundlage gegeben hat.

Bei der einzusparenden Summe von 100 Millionen RM handelt es sich zu 60 v.H. um Sachausgaben. Etwas 15 Millionen RM werden auf dem Personalgebiete gespart, um 6 Millionen RM reduziert sich die gesetzlich auf 6 v.H. der Einnahmen festgelegte Ablieferung an das Reich, der Rest von rund 20 Millionen RM wird durch die Heranziehung übertragbarer Etatsreste aufgebracht. Bei dem Sparplan hat man in erster Linie eine Senkung der Sachausgaben vorgenommen, um Personalentlassungen nach Möglichkeit zu vermeiden. Die Deutsche Reichspost betrachtet es auch weiterhin als ihre besondere Pflicht, das Personal über die schwere Wirtschaftskrise hinweg durchzuhalten, schon um die Zahl der Arbeitslosen nicht noch weiter zu vermehren. Ob das im bisherigen Umfange gelingt, wird allerdings fraglich, wenn der Einnahmeausfall in den kommenden Monaten das bis jetzt einzunehmende Mass wesentlich überschreiten sollte. Bei den Ersparnissen auf sachlichem Gebiet handelt es sich zunächst um Minderausgaben im Bahnpostverkehr. Die Einstellung von Bahnpostwagen und Beiwagen richtet sich nach dem Verkehrsbedürfnis. Gebaut wird nur das, was zur Aufrechterhaltung des Betriebs unbedingt nötig ist, und hinsichtlich der Instandhaltung, Erneuerung und Vermehrung der Ausstattungsgegenstände und Geräte der Dienststellen wird manches Wünschenswerte und erneuerungsbedürftige zurückgestellt. Nach eingehender Aussprache nahm der Verwaltungsrat den Nachtrag zum Voranschlag der Deutschen Reichspost für das Rechnungsjahr 1931 an.

SPD. Paris, 10. November (Eig. Drahtb.)

Die Bank Druare et Cie. in Chalon-Sur-Saone hat am Dienstag infolge grosser Abhebungen ihre Zahlungen einstellen müssen. Die Bank besteht seit fast 100 Jahren und genoss in Chalon grosses Ansehen.

SPD. Schweidnitz, 10. Nov. (Eig. Drahtb.)

Die Grosse Strafkammer in Schweidnitz hat am Dienstag wieder einmal ein Fehlurteil gefällt.

Vor der Kammer standen 10 Arbeiter, darunter 9 Mitglieder des Reichsbanners, die beschuldigt werden, am 13. September 1930 Teilnehmer einer nationalsozialistischen Versammlung in Heidersdorf Kreis Nimptsch überfallen zu haben und die bereits im Mai dieses Jahres in erster Instanz zu erheblichen Gefängnisstrafen verurteilt worden waren. Obwohl die Nationalsozialisten die Hauptschuld an dem Zusammenstoss tragen, verwarf das Gericht die Berufung der Reichsbannerleute und bestätigte das Urteil der ersten Instanz. Die Strafe für den Arbeiter Knorrn wurde sogar von 2 Wochen auf 7 Monate Gefängnis erhöht. Da auch in diesem Fall wieder einmal offenkundig mit zweierlei Mass gemessen worden ist, dürfte das Urteil der Schweidnitzer Strafkammer die Erregung der durch das Treiben der SA-Formationen schon übergenuß gereizten schlesischen Arbeiterschaft noch mehr steigern.

SPD. Genf, 10. Nov. (Eig. Drahtb.)

Aus zwei japanischen Noten an den Völkerbund geht hervor, dass sich die japanischen Truppen um die Nonni-Brücke und Angangchi auf nicht mehr als 1000 Mann beziffert haben sollen. Die Verstärkungen seien auf dem Transport angehalten und in ihre Garnisonen zurückgeschickt worden. Dagegen hätten die Chinesen mehr als 20 000 Mann um Angangchi zusammengezogen und erhielten dauernd Verstärkungen aus dem Norden von Tsitsikhar. Wenn sich die chinesischen Truppen infolge ihrer Uebermacht zu kriegerischen Aktenhinreisen liessen, könnte eine äusserst gefährliche Situation entstehen.

SPD. Am Mittwoch wird auf dem Zentralfriedhof in Berlin-Friedrichsfelde im Ehrenhain, in dem viele Führer der Sozialdemokratie, so Singer, Liebknecht, Auer, Legien, Molkenbuhr, Dr. Adolf Braun und andere ihre letzte Ruhestätte fanden, ein Gedenkstein für Hermann Müller-Franken errichtet.

Ein wuchtiger, rohbehauener Granitblock in gelb-rötlicher Färbung, 1,10 m lang, 40 cm tief und 2 m hoch ragt inmitten des Grabmals hervor, mit schräg abfallender Spitze - dem Symbol des jäh zu früh abgebrochenen Lebens. Aus der Epprechtsheimer Gegend des Frankenwaldes, der zweiten Heimat des Verstorbenen, kam dieser etwa 30 Ctr. schwere Findling nach Berlin, wo er in seiner monumentalen Gestaltungskraft die Grabstätte Hermann Müllers, des langjährigen Reichstagsabgeordneten jenes fränkischen Wahlkreises schmückt. Vor dem Felsblock lagern acht kleinere, rohe Bruchsteine derselben Gesteinsart, die mit zwei Lebensbäumen stimmungsvoll den Obelisk umrahmen. Eine schlichte Inschrift gibt Geburts- und Todestag Hermann Müllers an. Darüber schaut uns aus einem künstlerisch in patiniertes Bronze gearbeiteten Relief, modelliert vom Bildhauer Meyer-Pyritz-Berlin, das lebenswahre Antlitz des unvergesslichen Führers an - zum bleibenden Gedenken für die Nachwelt.

Die Gesamtarbeit des Grabmals ist ein Werk der Berliner Steinmetz-Hütte.

SPD. Köln, 10. Nov. (Eig. Drahtb.)

Die Kölner Nazi-Druckerei steht vor ihrem Ende. Sie hat ihrem gesamten Personal gekündigt. Die Entlassungen werden bereits in dieser Woche erfolgen.

Die Druckerei gehört nach einer Meldung des jetzt in Waldröhl gedruckten Kölner Nazi-Blattes dem Prinzen Friedrich Christian zu Schaumburg-Lippe. Da die Druckerei sich mit dem Nazi-Verlag kürzlich wegen 11 600 Mk. verkracht hat, ist anzunehmen, dass der Schaumburger Prinz den Nazis den Rücken gekehrt hat.

SPD. Genf, 10. Nov. (Eig. Drahtb.)

Auf die von mehr als 40 Staaten bereits mit mehr oder minder grossen Vorbehalten angenommene Entschliessung der letzten Völkerbundversammlung über einen einjährigen Rüstungsstillstand hat China am Dienstag eine für seine Lage bezeichnende Antwort erteilt.

Die chinesische Regierung erklärt sich bereit den Vorschlag anzunehmen, doch hänge Chinas Schicksal und das der Abrüstungskonferenz von der Lösung des mandchurischen Konflikts ab, die dem Völkerbund unterliege. Würden sich der Völkerbundspakt und der Kelloggspakt als die Säulen des Friedens und der internationalen Gerechtigkeit erweisen, dann bedeuteten der Rüstungsstillstand und die Abrüstungskonferenz einen grossen Schritt vorwärts in der Organisation des Friedens. Sollten aber diese Säulen durch ein bedauerliches Unglück sich als nicht haltbar erweisen, dann seien Regierung und Volk Chinas zu ihrem grossen Bedauern gezwungen, allen anderen nationalen Aufgaben die Bildung eines Systems der nationalen Verteidigung voranzustellen, das stark genug sei, um die Achtung vor der territorialen Unversehrtheit und politischen Unabhängigkeit Chinas zu erzwingen und gegen äussere Angriffe zu schützen.

SPD. London, 10. November (Eig. Drahtb.)

Die zahlreichen Reden, die in den letzten 24 Stunden in London über die Politik Englands gehalten worden sind und die sämtlich nur zu dem Zweck gehalten zu werden pflegen, der Öffentlichkeit die unmittelbaren Ziele der Regierung bekanntzugeben, haben nicht ein Atom von dem Nebel zu zerstreuen vermocht, der diese Ziele verhüllt. Weder die Rede des Premierministers auf dem Bankett des neugewählten Londoner Bürgermeisters am Montag-Abend noch die Rede des Königs am Dienstag-Mittag vor der Eröffnung des neuen Parlaments noch die des Premierministers während der Parlamentsdebatte am Dienstag-Abend gaben den geringsten Anhaltspunkt über das was die Regierung beabsichtigt.

Aus der Rede des Königs sei immerhin der Hinweis auf die wirtschaftliche Zusammenarbeit mit anderen Ländern zur Ueberwindung der Wirtschaftskrise der Welt und der Englands erwähnt. Doch bedeutet das erfahrungsgemäss nicht, dass die neue englische Regierung nun die Initiative auf diesem Gebiet ergreifen wird. Das gleiche gilt von der an sich begrüßenswerten Erklärung des Premierministers, mit der er auf einen Appell des Oppositionsführers Landsbury an die Regierung, sich für die Streichung der deutschen Reparationen einzusetzen, antwortete: "Solange menschlicher Wille der Welt eine unnatürliche wirtschaftliche Verfassung aufzwingt, wird die Welt niemals prosperieren." Im übrigen kam in der Rede des Premierministers sehr oft das Wort Tarif und Antidumping-Massnahmen vor, jedoch ohne dass man daraus irgend einen Schluss auf die Absicht der Regierung ziehen könnte. MacDonald sprach die Hoffnung aus, dass die gegenwärtige Sitzungsperiode kurz sein werde. Nötigenfalls werde die Regierung vorher dem Parlament Bericht erstatten und es eventuell um Ermächtigungen bitten. Ueberhaupt kamen auch die Worte nötigenfalls und eventuell sehr häufig in der Rede vor.

Der Führer der Opposition, Landsbury, richtete an das Haus die Warnung, über dem nationalen Triumph den Kopf nicht zu verlieren. Es werde der Tag kommen, an dem England sich darüber Rechenschaft geben werde, dass 1931 ebenso wenig Anlass bestanden habe zu triumphieren wie 1918. Die Wahlen seien in eine Weise geführt worden, die nur Uebles mit sich bringen konnte. Die Rede des Königs, sonst ein Dokument, in dem die Regierung ihre gesetzgeberischen Pläne darlege, sei völlig inhaltlos gewesen. Das sei kein Wunder, da die Regierung sich in keinem Punkte habe einigen können. Sie sei das merkwürdigste Gemisch, das man je als Regierung gesehen habe und besonders betrogen zusammengesetzt. bezüglich der wichtigsten innerpolitischen Frage, nämlich der Frage der Tarife. Am Schluss forderte Landsbury die Regierung auf, sich für die Streichung der deutschen Reparationen einzusetzen.

SPD. Genf, 10. November (Eig. Drahtb.)

Da immer mehr schweizerische Aktiengesellschaften ihren Sitz nach Vaduz im Fürstentum Liechtenstein verlegen, um sich den schweizerischen Steuern und besonders der Stempelsteuer zu entziehen, hat der Bundesrat an die liechtensteinische Regierung die Forderung gerichtet, bestimmte schweizerische Steuergesetze zu übernehmen und anzuwenden. Besonderer Wert wird auf die Stempelsteuer gelegt. Geschehe das nicht, dann werde die Erstattung von gewissen Zolleinnahmen an das Fürstentum in Frage gestellt. Man rechnet in Bern damit, dass die Angelegenheit in der gewünschten Weise beigelegt werden kann.

SPD. Stuttgart, 10. November (Eig. Dr.)

In Unterhausen bei Reutlingen verübten etwa 100 mit Latten und Gummiknüppeln bewaffnete Nazis einen Ueberfall auf Reichsbannerleute, die mit ihren Familien ein geselliges Beisammensein veranstalteten. Streitigkeiten begannen

dadurch, dass die Nazis bei Einbruch der Dunkelheit einen Reichsbannermann vom Fahrrad herunterzogen und durch einen Schlag am Kopf schwer verletzten. Der Reichsbannführer zog nunmehr seine Leute in das Lokal zurück, wo sie von den Braunhemden zwei Stunden lang bis zur Ankunft der Reutlinger Polizei belagert wurden. Ein einziger Nazimann wurde verhaftet.

SPD. Die Verhandlungen zur Neuregelung der Löhne bei der Reichsbahn, die am Dienstag im Reichsarbeitsministerium fortgeführt wurden, werden voraussichtlich erst am Mittwoch ein Resultat bringen. Zu einer Kammerbildung ist es bis jetzt noch nicht gekommen, weil der Spruch für die Reichsarbeiter noch keine Rechtskraft erlangt hat.

SPD. Köln, 10. November (Eig. Drahtb.)

Anhänger der RGO versuchten vor zwei Kölner Strassenbahnhöfen die ausfahrenden Strassenbahner zum Streik zu bewegen. Die RGO-Leute - etwa 60 Personen - hielten die Eingänge zu den Bahnhöfen besetzt. Als die Polizei erschien, verdufteten sie. Die Streikpropagandisten waren zu 95 % Erwerbslose. Strassenbahner waren nur ganz wenige darunter.

SPD. Hamburg, 10. November (Eig. Drahtb.)

Die Rädelsführer der Streikaktion, die anfangs Oktober von den Kommunisten auf deutschen Schiffen in den russischen Häfen entfacht wurde, sind von den Sowjetbehörden fallen gelassen worden. Diese erklären jetzt, sie hätten den Rädelsführern keinen Schutz und keine Unterstützung gewährt und auch nie daran gedacht, die Streikbewegung zu unterstützen.

Der wahre Grund für diesen Wechsel in der Stellung der Sowjetbehörden zur Streikaktion liegt darin, dass die deutschen Reedereien erhebliche Schadensersatzforderungen in Sowjetrußland angemeldet haben, deren Berechtigung auch von der Internationalen Reedervereinigung anerkannt wurde. Rußland muss diese Forderungen respektieren, wenn es sich nicht eines schweren Bruchs der internationalen Handels- und der Charterverträge schuldig machen will. Nun versucht es, sich diesen Forderungen zu entziehen, indem es die Streikführer preisgibt.

Dass es so kommen musste, haben auch die deutschen Kommunisten von vornherein wissen müssen - vorausgesetzt, dass sie von den Verhältnissen der Seeschifffahrt eine Ahnung haben. Für ein übles Streikmanöver zum Zweck parteipolitischer Geschäfte waren die Seeleute den Kommunisten gut genug. Jetzt, wo es brenzlich wird, und wo die Russen nicht in barer Münze zahlen wollen, verweigert man den gleichen Leuten, die ihre Terrorakten nur durchführen konnten, weil die russische Polizei sie duldete, jeglichen Schutz.

(Schluss des politischen Teils. - Auf Wiederhören

Mittwoch-Vormittag 7 Uhr auf Welle 2850)

Glossen

ERSCHEINT NACH BEDARF

Das Ende der Rechtlichkeit.

SPD. Zu den Personen, die im Favag-Prozess am schwersten belastet sind, gehört der frühere Generaldirektor Mädje von der Vereinigten Berlinischen Preussischen Lebensversicherungs A.G. Zur Zeit als die Voruntersuchung gegen ihn eingeleitet wurde, hatte Mädje mit der Vereinigten Berlinischen noch einen Anstellungsvertrag bis zum Jahre 1939. Auf Grund dieses Vertrages hatte er zu beanspruchen: bis zum Jahre 1939 jährlich rund 150 000 Mark, danach auf vier Jahre rund 75 000 Mark jährlich und danach jährlich 24 000 Mark Pension. Der Aufsichtsrat der Vereinigten Berlinischen erwog, ob er Mädje kündigen könne. Mädje beanspruchte die Dreistigkeit auf seine Ansprüche zu pochen. Er erreichte, dass er als Abfindung für sechs Jahre pro Jahr 30 000 Mark, dann 20 000 Mark Pension jährlich erhielt.

Diese Pension erhält Herr Mädje auch heute noch! Vergütung und Pension für seine Gaunereien zum Schaden der Versicherten und Aktionäre und zum Schaden der ganzen deutschen Wirtschaft! Dieser Fall Mädje ist einer der dunkelsten Punkte in der Geschichte der deutschen Aufsichtsräte. Statt auf dem Recht zu bestehen und den Rechtsweg zu beschreiten, wollte ihn der Aufsichtsrat rasch und billig hinausbekommen. Schon das zeigt ein Manko an jener strengen Rechtlichkeit, wie sie etwa das englische Geschäftsleben erfüllt. Aber nicht nur das, im Jahre 1931 war der grosse Favagskandal längst aufgedeckt, die ungeheuerlichen Verfehlungen waren festgestellt. Trotzdem erteilte der Aufsichtsrat diesem Mädje volle Entlastung für 1930 und befreite ihn damit von allen Regressansprüchen. Diese Handlung ist unbegreiflich. Der Vorsitzende dieses Aufsichtsrats ist Herr Geheimrat Kastl vom Reichsverband der deutschen Industrie. Als er vor Gericht nach den Motiven die er Haltung befragt wurde, erklärte er:

"Man konnte den neuen Generaldirektor nicht mit einer solchen Aktion gegen den alten Generaldirektor belasten."

Herr Geheimrat Kastl hat nicht gefühlt, dass er mit diesem Satze eine Solidarisierung, eine Gleichstellung des neuen Generaldirektors mit dem alten Generaldirektor ausgesprochen hat, obgleich der alte Generaldirektor ein Betrüger war. Er hat nicht gefühlt, dass dieser Satz ein schwerer Schlag gegen die gesamte Privatwirtschaft ist. Er zeigt, dass die Kräfte der Selbstreinigung in der Privatwirtschaft nicht mehr vorhanden sind. Er lässt erkennen, dass Wirtschaftsverbrecher darauf rechnen können, von ihren Kollegen gedeckt zu werden, wenn ihre Verfehlungen ans Tageslicht kommen - weil die Kollegen den Sinn dafür verloren haben, dass gegenüber Verbrechern das Recht seinen Lauf nehmen muss. Dies Absterben des Sinns für Rechtlichkeit in der Privatwirtschaft ist ein Zeichen dafür, dass die Zeiten der Privatwirtschaft sich ihrem Ende zuneigen. Sie stirbt an innerer Fäulnis.

Die grossen Vermögen.

Im Favag-Prozess wurde Generaldirektor Kisskalt von der Münchener Rückversicherungsgesellschaft befragt, welchen Eindruck er von dem Generaldirektor Dumcke von der Favag, dem grössten der Favag-Gauner gehabt habe. Kisskalt antwortete:

"Man hatte früher bei uns die Nase gerümpft über Dumcke, später hat sich das verloren. Nach der fünften Million kommt das Bedürfnis nach geschäftlichem Anstand" (nach Rathenau). Dumcke hat immer kühne Sachen gemacht, die haben bei ihm Anstoss erregt, aber Dumcke war eine ganz starke ausserordent-

liche Persönlichkeit. Seine Transaktionen haben wir oft mit Kopfschütteln betrachtet."

Da ist in kürzester Form alles gesagt über die Entstehung der grossen Vermögen und die Grundlage der Macht der Wirtschaftsfürsten. Wir bewundern den Mut, mit dem nach diesen schonungslosen Enthüllungen über das Paratentum in der Privatwirtschaft die Deutschnationalen unter Hugenbergs Führung sich immer noch laut als Anhänger der Privatwirtschaft bekennen. Aber schliesslich kennt der Hugenberg-Konzern selbst genau die Methoden, mit denen die grossen Konzernvermögen zusammengebracht werden!

Solidarität mit den Mördern.

In Hamburg stehen drei nationalsozialisten vor Gericht, die das kommunistische Bürgerschaftsmitglied Henning ermordet und den Kommunisten Chanbley schwer verwundet haben. Der Prozess läuft seit mehreren Tagen. Die Rechtspresse hat sich eifrig bemüht, die Tatbestände zu verdunkeln und ihre Solidarität mit den Mördern zu zeigen. Sie berichtet über angebliche Unklarheiten, über Vorstösse der Verteidigung, über Widersprüche des Nebenklägers, nur nichts über die brutalen Tatbestände selber. Sie arbeitet systematisch darauf los, den Eindruck zu erwecken, dass die nationalsozialistischen Angeklagten ebenso zu Unrecht verfolgt seien, wie Graf Helldorf. Die Folgen dieser Berichterstattung haben sich bereits gezeigt. Eine Zeugin hat dem Gericht geschrieben, Chanbley lüge dem Gericht vor, dass er bei dem Ueberfall sein gesundes Auge verloren habe, in Wahrheit habe ihm ein kommunistischer Parteiarzt das kranke Auge herausoperiert, damit er den Schwerverwundeten spielen könne. Schliesslich werden wir noch die Behauptung hören, dass ein kommunistischer Parteiarzt Henning fälschlich für tot ausgegeben habe, und dass die Nationalsozialisten unschuldig seien wie die Lämmer! Aber Henning ist tot und die Verlogenheit der Rechtspresse wird nur erreichen, dass ihre Solidarität mit den Mördern ganz offenkundig wird.

Hakenkreuz-Advokaten.

Im Prozess wegen der Beleidigung des Landrats Hansmann wurde der angeklagte Stahlhelmagitator von dem nationalsozialistischen Anwalt Dr. Wenzel verteidigt. In seinem Plädoyer erklärte er: "Mit Landrat Hansmann habe man eigentlich wortlos abrechnen müssen, wenn er in der Versammlung gewesen wäre, wäre Landrat Hansmann nicht so heil herausgekommen." Also eine offene Aufforderung zu Gewalttätigkeiten. Der Vorsitzende des Gerichts hat sie nicht gerügt.

Während des Helldorf-Prozesses in Berlin hat der Hakenkreuzadvokat Freissler erklärt, angesichts der Todesopfer der Nationalsozialisten "schade es gar nichts, wenn ein paar Semiten auf dem Kurfürstendamm einige kräftige Ohrfeigen erhalten hätten." Auch hier hat der Gerichtsvorsitzende nicht eingegriffen.

Derartige Drohungen sind demnach in Deutschland gerichtlich erlaubt. Wie wäre es, wenn wir von dieser Erlaubnis Gebrauch machend, den Satz prägen würde Angesichts der traurigen Folgen dieser feigen und empörenden Hetze schadet es gar nichts, wenn die hetzenden Hakenkreuzadvokaten eine kräftige Tracht Prügel erhalten würden?

Aus aller Welt

Die Schüsse am Attersee.

Der Attaché, der zum Mörder wurde - Das Drama der Julia Reinhard.

SPD. Wien, Mitte November (Eig. Ber.)

In St. Georgen am Attersee wurde vor einigen Tagen der Privatier Max Reinhard von seinem aus Guatemala stammenden Schwager, dem Attaché Manuel Godoy, durch zwei Revolverschüsse getötet. Godoy war der Ansicht gewesen, dass Reinhard seiner Frau Julia - der Schwester Godoys - nach dem Leben trachtete. Der Mörder wurde zunächst in das Kreisgericht Wels eingeliefert. Der guatemalaseische Generalkonsul Diaz aus Berlin bemüht sich jetzt um die Auslieferung des Attachés.

Wie man Bauern fängt - -

Max Reinhard, der Ermordete, ist vor einigen Jahren auf das Inserat einer Zimmervermieterin hin mit seiner Frau in St. Georgen erschienen. Die Bauern machten beim Anblick der schönen nach Pariser Mode gekleideten Kreolin und ihrer zahlreichen Koffer grosse Augen. Auf die erstaunte Frage des missätrauischen Bürgermeisters, was der Fremde gerade in St. Georgen suche, antwortete Reinhard, dass er sich im Klima der Gegend von einer alten Tropenkrankheit erholen wolle. Reinhard, der am Tage spazieren ging oder las, hatte sich aber trotz des Ruhmes, den ihm das Wort "Tropen" bei den Bauern einbrachte, im Ort bald missliebig gemacht. Aber dann zeigte er eines Tages dem Dorfarzt Dr. Grail den Kreditbrief einer ausländischen Bank auf etwa 1 Million Dollar, sprach auch sonst von seinem riesigen Reichtum und dem seiner Frau - und so geschah es doch, dass allmählich die Achtung vor ihm stieg. Als er dann bei der Geburt eines Sohnes eine Kindstaufe mit Musik und Freibier veranstaltete, war die Sympathie für Herrn Reinhard unwidersprochen.

Die Weissagung der Zigeunerin.

Aus nicht ganz geklärten Gründen übersiedelte Reinhard nicht lange danach nach dem Starhemberg'schen Eferding. Als hier seine Frau ihr drittes Kind erwartete, wusste er sie damit zu unterhalten, dass er ihr jeden Tag erzählte, eine alte Zigeunerin habe ihm geweissagt, seine Frau werde bei der dritten Entbindung sterben. Als die Wirtin ihn einmal auf sein wenig feinfühliges Verhalten aufmerksam machte, sagte er: "Soll das Schmutzluder krepieren!"

Kurz vor der Geburt erreichte es die Hebamme der Frau Reinhard, dass ihr Mann mit ihr wieder nach St. Georgen zog. Dort kam Frau Julia nieder, erkrankte aber bald darauf schwer. Zur Behandlung wurde nun Herr Dr. Grail aus St. Georgen herbeigezogen, der scheinbar der besondere Vertraute Reinhard's war. Er weigerte sich konsequent, einen anderen Arzt zur Behandlung der für eine Wöchnerin besonders gefährlichen Lungengrippe heranzuziehen und auch Reinhard selbst unterstützte den Herrn Doktor in der Auffassung, dass die Zuziehung eines anderen Arztes absolut unnötig sei...

"Gott hat Dich mir geschickt!"

Aber da kommt plötzlich und unerwartet der junge Attaché aus Guatemala, der seiner Schwester Briefe über Brief geschrieben hatte, die aber nie ihren Empfänger erreichten - - Reinhard ist aber oft gesehen worden, wie er im Eferding Park spazieren ging und Briefe in kleine Schnitzel zerriss..... -

Diesmal ist er aber selbst gekommen, ein verzweifelttes Schreiben seiner Schwester hat ihn nach St. Georgen gerufen. Um 7 Uhr abends stürzt er unange-

meldet in das Krankenzimmer und findet - eine Sterbende. Sie empfängt den Bruder mit den Worten: "Gott hat dich mir geschickt, rette mich!" - -

Godoy ist verzweifelt, weiss nicht, was er beginnen soll - da kommt Reinhard. Scheinbar ist Reinhard riesig erfreut, den Schwager zu sehen. Indes lässt er nichts unversucht, um ihn möglichst bald wieder loszuwerden; um jeden Preis will er ihm im Gasthof ein Zimmer bestellen - aber Godoy bleibt. Neben dem Bett der Schwester lässt er sich ein Lager richten, und in der Nacht schickt er die Hebamme wiederholt zu dem seltsam unbesorgten Dr.Graill, der ihm sofort einen Professor aus dem nahen Salzburg besorgen soll. Dr.Graill denkt gar nicht daran, sich an die Weisung zu halten; er handelt damit auch ganz im Sinne Reinhard's, der sich zur Hebamme über Godoy mit den Worten äussert: "So ein verrückter Kerl!"

Godoy zieht den Browning - -

Um fünf Uhr früh wird Dr.Graill nochmals stürmisch angeläutet, er soll sofort kommen - in unerschütterlicher Ruhe antwortet er: "Na, ich werde erst so um neun kommen. "Er tut's auch wirklich, lässt sich aber jetzt von Godoy bestimmen, in seinem Opelwagen nach Salzburg zu fahren und einen Professor zu holen. Aber - Tücks des Objekts? - da läuft auf einmal der Opelwagen nicht, der Motor streikt, es ist nichts zu machen.....

Jetzt ist Reinhard, da er sieht, dass sich Godoy immer noch nicht beruhigen will, wütend. Er schreit: "Ich schmeisse ihn hinaus, den Kerl!" Godoy bleibt die Antwort nicht schuldig. Immer heftiger wird der Streit der Männer - da zieht Godoy den Browning und feuert zweimal auf den Mann, den er aus tiefster Seele hasst und von dem er bei der Heirat seiner Schwester sagte: "Dieser Mensch ist entweder ein Lump oder ein Narr." Reinhard bricht schwerverletzt zusammen, er stirbt noch am selben Abend.

Die Kranke ist aufgeschreckt und will wissen, was geschehen ist. Man beruhigt sie; die Hebamme gibt die Auskunft: "Sie haben sich gestritten, Ihr Bruder hat Herrn Reinhard eine Ohrfeige gegeben."

Als die Polizei erscheint und Godoy verhaftet wird, dämmert die Kranke langsam hinüber - -.

+

Vor wenigen Tagen wurde die Leiche der Julia Reinhard unter Anteilnahme der ganzen Dorfbevölkerung in St.Georgen zu Grabe getragen. Ihr von ihrem Bruder erschossener Gatte ist still in der Selbstmörderecke beigesetzt worden, niemand folgte seinem Sarge.

Gm.

+

+

+

Die "Wohltat" von Lübeck.

Tumult im Calmette=Prozess - Entpolitisierung der Verhandlung.

SPD. Lübeck, 10. Nov. (Eig. Drahtb.)

In der Dienstag=Verhandlung des Calmette=Prozess kam es zu tumultarischen Szenen. Dr. Mögling wurde über die Krankheitsbefunde der von ihm behandelten BCG=Impflinge vernommen. Er bejahte für fast alle Fälle einen Zusammenhang zwischen Impfung und Erkrankung.

Dr. Darboven richtete an Dr.Mögling die Frage: "Ist in einzelnen Fällen die Körperverletzung nur so gering, dass sie einer leichten Infektion, die zur Immunisierung erforderlich ist, gleichkommt? Und ist insofern den geimpften Kindern nicht mit der Impfung eine Wohltat erwiesen worden?" Nicht nur die Rechtsanwälte, die die Eltern vertreten, erhoben scharfen Protest gegen diese Fragestellung, auch die anwesenden Eltern, empört über die Bezeichnung "Wohltat" für die Verabreichung des furchtbaren Giftstoffes, machten ihrer berechtigten Empörung in lauten Zurufen Luft, sodass dem Vorsitzenden nichts übrig blieb, als die Sitzung zu unterbrechen.

In der neuen Sitzung verkündete der Vorsitzende: "Es hat sich ein bedauerlicher Zwischenfall ereignet. Dieser Zwischenfall ist hervorgerufen durch die Schuld von Dr. Darboven, der sich bei seiner Frage an Dr. Mögling in ungewöhnlicher Weise im Ausdruck vergriffen hat und dadurch eine begreifliche Erregung der Eltern hervorgerufen hat, für die das Gericht Verständnis hat. Es ist meine Aufgabe als Vorsitzender, zu verhüten, dass es hier zu Zwischenfällen kommt, durch die die Würde der Verhandlung gestört wird. Es steht aber nicht in der Macht des Vorsitzenden, zu verhindern, dass ein Prozessbeteiligter sich im Wort vergreift und dadurch derartige Zwischenfälle hervorruft. Denn auch der Vorsitzende weiss das Wort, durch das ein derartiger Zwischenfall hervorgerufen wird, erst, wenn es gesprochen ist. Umsomehr muss der Vorsitzende aber erwarten, dass Ausdrücke in der Verhandlung vermieden werden, durch die derartige Zwischenfälle hervorgerufen werden können."

Nachmittags zog Rechtsanwalt Dr. Frey seinen Beweisantrag auf Ladung Professor Calmettes zurück. Dr. Frey führte aus: "Es sind Debatten entstanden über die Schuld oder Nichtschuld ausserhalb des Gerichtssaales befindlicher Personen. Ich glaube nicht aus Ritterlichkeit oder internationalem, nicht einmal übernationalem Gefühl heraus zu handeln, wenn ich erkläre, dass das Mittel Calmettes und Calmette selbst hier für diesen Prozess keine Rolle spielen. Auch der Lenker eines Kraftfahrzeuges, der einen Menschen totfährt, kann sich nicht damit entschuldigen, dass der Wagen ein ausländisches Fabrikat gewesen sei. Deswegen verzichte ich auf Calmettes sachverständiges Zeugnis und werde andere Personen später benennen. Für mich handelt es sich nur um die Schuld der Angeklagten."

Anschliessend wurde die Vernehmung Dr. Möglings fortgesetzt. Eingehend wurde bei dieser Gelegenheit die Frage erörtert, ob eine Körperverletzung auch bei den Kindern vorliegt, bei denen die Tuberkulin-Reaktion zwar positiv verlaufen ist, die aber keine Krankheitssymptome aufweisen. Die Verhandlung wird Mittwoch fortgesetzt.

67 Schafe überfahren. Zwischen den bayerischen Stationen Landshut und Ergolding fuhr ein Personenzug nachts in eine unbewachte Schafherde. 67 Schafe wurden getötet.

Sklarek=Aufregung. In der Dienstag-Sitzung des Berliner Sklarekprozesses erlitt der angeklagte frühere Bürgermeister Kohl einen Nervenzusammenbruch, als sein Verteidiger, Rechtsanwalt Braubach, ein die Verhandlungsfähigkeit Kohls ablehnendes Gutachten von Professor Kronfeld verlas. Es kam zu einem lebhaften Zusammenstoss. Der Staatsanwalt beschuldigte Braubach des Versuchs, die Verhandlung zu sabotieren. Braubach bestritt eine solche Absicht. Erst nach längerer Pause konnte die Verhandlung mit der Vernehmung des angeklagten früheren Stadtrats Sakolowski fortgesetzt werden. Die Anklage wirft Sakolowski vor, dass er sich durch Geschenke und Bestechungen zu Pflichtwidrigkeiten habe verleiten lassen. Sakolowski sagte aus, dass er für die von den Sklareks bezogenen Waren korrekte Kalkulationspreise bezahlt habe (75 Mark für einen Anzug). "Bestechungsgelder" will er nicht erhalten haben. Die auf sein Konto verbuchten Summen seien Wettgewinne gewesen.

60 000 Mark unterschlagen. Ein Kassenangestellter der Industrie-Anlage G.m.b.H. in Berlin (Deutsche Werke) hat 60 000 Mark unterschlagen. Vorläufig bestreitet der Beschuldigte, sich vergangen zu haben.

Strassenbahnunglück: 9 Verletzte. In Hellerau bei Dresden wurden bei einem Zusammenstoss von zwei Strassenbahnzügen der Führer eines Zuges und 8 Fahrgäste zum Teil schwer verletzt.

Verurteilter Bankier. Vom Schöffengericht Berlin-Mitte wurde der 46 Jahre alte Bankier Adolf Sekurius, der Inhaber des vor etwa einem Jahre zusammengebrochenen Berliner Bankhauses Sekurius, Haesner & Co., wegen Depotunterschlagung und Untreue zu einem Jahre 6 Monaten Gefängnis verurteilt; für 6 Monate erhielt der Angeklagte Bewährungsfrist. Die erlittenen 11 Monate Untersuchungshaft wurden angerechnet. Insgesamt hat der Angeklagte seine Gläubiger um 350 000 Mark geschädigt.

Mord. In Neuhausen bei Zell a.H. hat der Landwirt Karl Buehler den Gerichtsvollzieher Füger aus Offenburg (Baden) erschossen. Füger wollte ein gepfändetes Kalb zur Versteigerung abholen. Nach der Tat hielt sich Buehler, der als gewalttätig bekannt ist, in seinem Hause verschanzt.

"Schultheiss-Patzenhofer". Das Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft I Berlin wegen der Vorgänge im Schultheiss-Patzenhofer-Konzern wird nach einer Verlautbarung der Staatsanwaltschaft "mit tunlichster Beschleunigung" zu Ende geführt. Oberstaatsanwalt Sturm und Staatsanwaltschaftsrat Grünberg, die die erforderlichen Ermittlungen leiten, haben die Beschuldigten und zahlreiche Zeugen bereits vernommen und sämtliche in Betracht kommenden Bücher, Korrespondenzen und andere Unterlagen herangezogen. Das Verfahren richtet sich in erster Linie gegen den früheren Schultheiss-Generaldirektor Katzenellenbogen und die übrigen Mitglieder des Generaldirektoriums.

U-Boot-Versteigerung. Auf Veranlassung des französischen Marineministeriums sollen fünf durch Neubauten ersetzte französische Unterseeboote öffentlich versteigert und verschrottet werden. Zwei von den fünf Unterseebooten gehörten der ehemaligen deutschen Kriegsflotte an. Es sind die Boote "U 162" und "U 139".

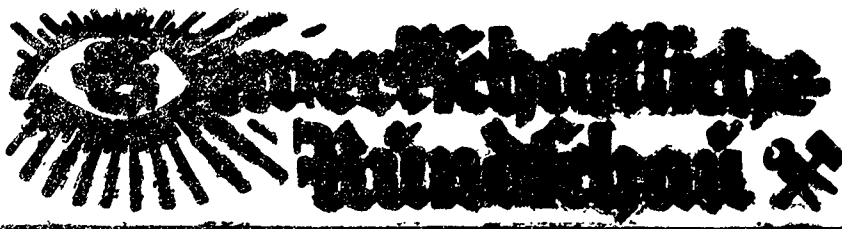
Kurzschluss: 5 Tote. In Segovia (Spanien) wurden beim Legen von Hochspannungskabeln 5 Arbeiter infolge Kurzschluss getötet.

Deckeneinsturz in der Schule. In einem Klassenzimmer in der Bismarck-Schule zu Schneidemühl löste sich während der Unterrichtszeit ein Stück der Zimmerdecke in einem Ausmass von fünf Quadratmetern und stürzte herab. 6 Schüler erlitten zum Teil schwere Verletzungen. Im Schulhaus brach eine Panik aus.

Sensationeller Buchverkauf. Ein Londoner Buchhändler hat an einen unbekanntem Käufer ein Exemplar der von Johann Gutenberg im Jahre 1455 in Mainz gedruckten Bibel verkauft, von der in der ganzen Welt nur etwa 40 Exemplare vorhanden sind. Verkaufspreis: eine halbe Million Mark.

Schmuggler-Schicksal. An der polnisch-oberschlesischen Grenze wurde ein 20jähriger Bauernsohn von Zollwächtern auf der Flucht erschossen. Der Junge wollte ein Pferd über die polnische Grenze schmuggeln.

Afrikanische Höhlengeheimnisse. Bei Forschungen nach "verschollenen Goldadern des Waterberges" in Südafrika wurde eine ganze unterirdische Höhlenwelt entdeckt, die - wie aus Spuren zu schliessen ist - allem Anschein nach einmal von Menschen bewohnt war. Es wird vermutet, dass die Augen dieser Höhlenmenschen ähnlich wie die der Katzen an die dauernde Dunkelheit gewöhnt waren.



Der Metallschiedsspruch.

Vielstimmiges Echo.

SPD. Der Schiedsspruch für die Berliner Metallindustrie hat in der Presse ein sehr starkes Echo gefunden. Das ist nicht überraschend; denn die Begründung des Spruchs wirkte zweifellos wie ein Alarmruf, obgleich die in ihm angeschlagenen neuen Töne eigentlich nur Selbstverständliches verkünden. Der Unternehmerpresse gehen diese neuen Töne auf die Nerven. Sie hat Angst, im Wirtschaftsbeirat könne nun vielleicht doch so etwas wie eine Gewissensforschung vorgenommen werden. Die linksstehenden bürgerlichen Blätter betrachten den Spruch als eine Mahnung und Warnung. Damit treffen sie wohl auch das Richtige; denn sicherlich hat der Schlichter in der Begründung seines Spruchs nicht rein zufällig nun auf einmal die Frage des Lohnabbaus grundsätzlich neu beleuchtet. Das Gros der Rechtsblätter sucht sich dadurch aus der Verlegenheit zu helfen, dass es aus dem Hinweis des Schlichters auf die Belastung des Arbeiterbudgets durch Fahrkosten und Auslagen für Gas, Wasser und Elektrizität schnellfertig eine Anklage gegen die "rote Wirtschaftspolitik" in den Kommunen macht.

Das "Berliner Tageblatt" ist der Auffassung, dass der Schlichter, GewerberatKörner, bei der Fällung seines Spruchs den Absichten des Reichsarbeitsministers folgte, der ja vor kurzem erst im Reichsparteiausschuss des Zentrums weitere generelle Lohnkürzungen als unmöglich bezeichnet habe, so lange nicht durch eine entsprechende Senkung der Lebenshaltungskosten einige Sicherheit für die Erhaltung des Reallohns geschaffen sei. Der Berliner Schlichter habe sich diesen Gedankengang zu eigen gemacht und damit für andere Schlichtungsinstanzen ebenso wie für die Wirtschaft und die Regierung ein Warnungssignal aufgezo-gen.

Die "Vossische Zeitung" schreibt unter der Ueberschrift: "Am Wendepunkt?", die Begründung, die der Schlichter seiner Ablehnung weiterer Lohnsenkungen mitgegeben habe, zeige, dass es sich bei dieser Entscheidung nicht um einen Einzelfall handle, sondern dass ihr prinzipielle Erwägungen vorausgegangen seien, die für die gesamte Wirtschaft Geltung hätten. Die Senkung der Gestehungskosten immer nur bei den Löhnen vorzunehmen, widerspreche nicht nur den Grundsätzen sozialer Gerechtigkeit, wie der Schlichter betont habe, sondern auch den Regeln wirtschaftlicher Vernunft. Gewiss müsse das gesamte deutsche Kosten-niveau sehr erheblich reduziert werden, aber auf allen wesentlichen Gebieten. Es sei wirtschaftlich und politisch unerträglich, die Machtmittel des staatlichen Apparates immer nur nach der Seite des schwächeren Widerstandes - das seien bei der herrschenden Arbeitslosigkeit die Arbeitnehmer - einzusetzen. Wenn der Schiedsspruch für die Berliner Metallindustrie, der doch zweifellos bei aller Unabhängigkeit des Schlichters den Tendenzen des Arbeitsministeriums entspreche, ein Signal dafür sei, dass die Regierung auf diesem Wege nicht weiter fortschreiten wolle, so bedeute er einen wichtigen Wendepunkt in der staatlichen Wirtschaftspolitik.

Recht abfällig wird der Schiedsspruch vom Berliner Börsen-Courier beurteilt. Das Blatt sagt, man könne bei der Lektüre des Schiedsspruchs auf den Gedanken kommen, dass nicht das Kabinett in Deutschland regiert, sondern dass Gewerberäte und Schlichtungskammervorsitzende - mindestens regieren wollen. Niemand sehe es gerne, wenn wieder einmal in einer Industrie die Löhne herabgesetzt werden müssten. Aber noch bedauerlicher sei es, wenn die Löhne erhal-

ten blieben und dafür wieder Tausende von Arbeitslosen geschaffen würden. Am wenigsten aber könne es behagen, dass mit Hilfe von Schlichtungssprüchen ein Druck auf die Wirtschaftspolitik der Reichsregierung ausgeübt werde. Jetzt fehle nur noch, dass Wissell den Segen seiner Verbindlichkeitserklärung dazu gebe, dann würde die Nebenregierung der Schlichter in aller Glorie strahlen.

Das Agrarierorgan die Deutsche Tages-Zeitung betont, man könne den Schiedsspruch eine "gewisse salomonische Weisheit" nicht absprechen. Auch die Landwirtschaft habe an einem rigorosen Lohnabbau "kein überragendes Interesse", weil sie schon jetzt auf allen Märkten die Rückschläge der Kaufkraftschmälerung sehr kräftig zu spüren bekomme. Wenn der Schlichter als eine der ersten Voraussetzungen für weiteren Lohnabbau die Herabsetzung der Lebensmittelpreise genannt habe, so habe er doch auch im Nachsatz deutlich genug die agrarpolitische Unmöglichkeit anklingen lassen, Sozialpolitik wieder einmal ausschliesslich auf Kosten der Landwirtschaft zu treiben. Der Sinn des Schiedsspruchs sei die Mahnung an die Regierung, den ganzen Berg von Preistreiberereien durch die Tarife für Gas, Wasser, Elektrizität und Verkehr, die den Verbraucher unvergleichlich stärker belasten als etwa der Brotpfennig (bis zu 15 % des Nettolohnes für Verkehrsausgaben!) endlich abzutragen. Das werde den sozialistischen Hütern der Tarifheiligkeit nicht angenehm klingen; denn die kommunale Tarifpolitik sei in ganz überragendem Masse die Folge roter Wirtschaftspolitik gewesen.

Die Kreuz-Zeitung, das Offiziersorgan, ist ehrlicher. Sie sagt: Die sozialdemokratische Presse tue so, als ob mit dem gegenwärtigen Lohnniveau, das als "unterste Grenze des Lohnabbaus" bezeichnet werde, schon alle verfügbaren Preis senkungen vorweg ausgeglichen worden seien; wenn derartige Auffassungen bei den gegenwärtigen Wirtschaftsberatungen Raum gewinnen würden, dann sei die ganze Arbeit des Wirtschaftsbeirates ein aussichtsloses Experiment.

Die Deutsche Allgemeine Zeitung hält die Begründung des Spruchs nur für eine "geschickte Formulierung". Der Spruch ist für das Unternehmerblatt eine "Fehlentscheidung, weil die Industrie auf verstärkte Selbstkostensenkung nicht länger warten kann und weil schliesslich irgendwo der Anfang gemacht werden muss, nachdem der erste nur allmählich und zögernd gemacht worden ist".

"Der Deutsche", das Blatt der christlichen Gewerkschaften, nennt diese Kritik einen "grenzenlosen Zynismus". Bei den Metallarbeitern sei der Anfang der Lohnsenkung derart gewesen, dass die von ihr Betroffenen heute schon am Ende stehen. Es sei weit gekommen, wenn ein Schlichter selbst zu einer derartigen Begründung greifen müsse wie im vorliegenden Fall. Die einseitige Lohnsenkung sei Irrsinn. Heute sehe das bereits auch der Mittelstand ein. Der Anfang zur Senkung der Selbstkosten müsse endlich einmal da gemacht werden, wo sie auch den Arbeitgebern und ihren Angehörigen fühlbar werde.

Soweit das Echo des Schiedsspruchs in der Öffentlichkeit. Wird dieses Echo bei den Massgebenden und Verantwortlichen im Wirtschaftsbeirat und in der Regierung Beherzigung finden? Wir sind skeptisch; denn gerade der Alarmruf des Schlichters zeigt ja nur allzu deutlich, welche Widerstände dort zu überwinden sind, wo vielleicht die Regierung helfen möchte.

SPD. Die Belegschaft der Gross-Breslauer Metallbetriebe, die seit mehreren Wochen streikt, hat am Dienstag den vom Schlichtungsausschuss gefällten Schiedsspruch, der eine Herabsetzung der Verdienztzuschläge für Akkordarbeit vorsieht, fast einstimmig abgelehnt. Der Streik geht also zunächst weiter.

SPD. Der neue Bericht der Reichsanstalt über die Arbeitsmarktlage im Reich stellt eine beruhigende Entwicklung fest. Der Anstieg der Arbeitslosenziffer ist rein saisonal; er ist im ganzen als normal zu betrachten. Zu Beunruhigung ist kein Anlass. Man darf daher erwarten, dass nun allmählich auch der offizielle Pessimismus einer Revision unterzogen wird. Er ist unbegründet, sofern nicht der Lohnabbauwahnsinn in verstärkter Form fortgesetzt wird.

Der Bericht der Reichsanstalt lautet im wesentlichen folgendermassen: Die vorläufigen Meldungen der Arbeitsämter ergeben für den 31. Oktober eine Arbeitslosenzahl von rund 4 622 000. Seit dem Stand vom 15. Oktober, der sich nach den endgültigen Meldungen auf rund 4,484.000 Arbeitslose belief, ist somit eine Zunahme um rund 138 000 eingetreten, die im wesentlichen den Niederschlag der jahreszeitlichen Bewegung am Arbeitsmarkt darstellt. Die Gesamtzunahme seit dem tiefsten Stand Ende Juni beläuft sich auf rund 668 000, während im Vorjahre vom Tiefpunkt bis Ende Oktober ein Anwachsen der Arbeitslosigkeit um rund 617 000 zu verzeichnen war.

In der Arbeitslosenversicherung hat sich die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger um rund 43 000 auf rund 1 185 000 erhöht, in der Krisenfürsorge um rund 58 000 auf rund 1 350 000. Mehrfach wird von den Arbeitsämtern darauf hingewiesen, dass verhältnismässig viele Arbeitnehmer sich arbeitslos melden, die während des Sommers nur wenige Monate gearbeitet haben und daher keine neue Anwartschaft auf Arbeitslosenunterstützung erwerben konnten. - Für Ende September liegt jetzt auch die Zahl der von den Arbeitsämtern anerkannten Wohlfahrtserwerbslosen mit rund 1 208 000 vor. Zu jenem Zeitpunkt verteilten sich die unterstützten Arbeitslosen zu 67,3 % auf die Arbeitslosenversicherung und die Krisenfürsorge und zu 32,7 % auf die öffentliche Fürsorge. In der Zwischenzeit ist durch die Kürzung der Unterstützungsdauer in der Arbeitslosenversicherung eine Verschiebung hauptsächlich zu Lasten der Krisenfürsorge eingetreten.

Der Rückstrom aus den verschiedenen Aussenberufen war das wesentliche Kennzeichen der Entwicklung. Die unsicheren ausländischen Verhältnisse übten auf mehrere Industrien weiterhin einen Druck aus, und zwar sowohl auf die Ausführindustrien wie auf den Steinkohlenabsatz im bestrittenen Gebiet und auf die Absatzmöglichkeiten der Natursteinindustrie. Auf der anderen Seite hatten mehrere Betriebe zur Voreindeckung englischer Besteller, die mit erhöhtem Zollschatz rechnen, besser zu tun. - Im Ruhrkohlenbezirk scheinen die Abbaumassnahmen nachdem seit Ende September rund 7 500 Bergarbeiter entlassen worden sind, einen gewissen Stillstand erreicht zu haben, da neue Kündigungen nur in geringem Umfang ausgesprochen worden sind, in den anderen Steinkohlen- sowie in den Braunkohlenbezirken ist nur teilweise eine geringe Belebung zu verzeichnen. Die eisenschaffende Industrie führte in Oberschlesien, Westfalen und im Rheinland weitere Entlassungen sowie Kurzarbeit durch, zum Teil infolge der Absatzerschwerung durch Preisunterbietungen des Auslandes. Der weitere Beschäftigungsrückgang in der Industrie der Steine und Erden sowie im Baugewerbe entsprach im wesentlichen den jahreszeitlichen Bedingungen. In der Metallverarbeitung hat der Beschäftigungsrückgang sowohl im Handwerk wie bei Grossbetrieben angehalten.

In den Berufsgruppen, die überwiegend dem letzten Verbrauch dienen, ist die Arbeitslosigkeit in verhältnismässig geringerer Masse gestiegen. Der Beschäftigungsgrad im Spinnstoffgewerbe konnte nicht überall gehalten werden. Im Bekleidungsgewerbe hatte sowohl die Konfektion wie die Wäscheindustrie neben Entlassungen auch Neueinstellungen zu verzeichnen. In der Schuhindustrie waren die Betriebe, die billige Massenwaren herstellen, meist gut beschäftigt. Wirkerei und Strickerei konnten der Jahreszeit entsprechend vielfach Kräfte aufnehmen. Die gute Beschäftigung der Möbelindustrie hält, mit einer leichten Abschwächung, im allgemeinen noch an. -

+ + +

Der Zeitpunkt, wo in immer steigendem Masse die Arbeitslosen zur Wohlfahrt kommen, rückt jetzt näher und näher. Infolge der wechselnden Beschäftigung wird die Anwartschaft für die Versicherung nicht mehr erfüllt. Nur die Ausgesteuerten aus der Versicherung kommen in die Krisenfürsorge. Der grosse Strom der Arbeitslosen drängt also jetzt direkt mit aller Macht zu den Hilfstellen der Kommunen. Diese haben daher allen Anlass, rechtzeitig sich auf die Flut vorzubereiten. Sie dürfen nicht bis Januar warten, Sie müssen beizeiten Vorsorge treffen, so schwer diese Vorsorge ihnen auch fallen mag. Augen auf in den Gemeinden!

SPD. Der Verband Berliner Metallindustrieller wird den Schiedsspruch, der das bisherige Lohnabkommen für die Berliner Metallindustrie bis Mitte Dezember verlängert, ablehnen.

Das Metallkartell der an dem Abkommen beteiligten Gewerkschaften hat den Schiedsspruch angenommen und wird dessen Verbindlichkeitserklärung beantragen.

SPD. Im Lohnstreit der Gemeindearbeiter ist der Schiedsspruch vom 1. November, der $4\frac{3}{4}\%$ -Abbau vorsieht, vom Reichsarbeitsminister im öffentlichen Interesse für verbindlich erklärt worden.

Die Reichspostverwaltung hat Anweisung gegeben, den Schiedsspruch für die Arbeiter, der eine Lohnkürzung von 4,5 % vorsieht, durchzuführen. Das gleiche ist vom Reichsfinanzministerium für den Reichsarbeiterschiedsspruch vorgesehen. Eine Verbindlichkeit dieser beiden Schiedssprüche wird dadurch überflüssig.

SPD. In der Leipziger Baumwollspinnerei ist es zu einem von der RGO geführten wilden Streik gekommen. Die Unternehmerpresse sieht in diesem Streik eine Folge des vom Kongress der RGO vor einigen Wochen in Chemnitz beschlossenen Kampfprogramms. Das ist ein kleiner Irrtum. Der Streik ist lediglich eine Folge des Schiedsspruchs für die westsächsische Textilindustrie. Der Spitzenlohn in den Baumwollwebereien beträgt 40 Pfennig für Arbeiter und 33 Pfennig für Arbeiterinnen. Diese Hungerlöhne will der Spruch nun noch um 5 % kürzen.

Unter solchen Umständen braucht man sich wirklich nicht zu wundern, wenn den Arbeitern die Geduld reisst und sie sich zu einem wilden Streik verleiten lassen.

SPD. Durch freie Vereinbarung ist für die Angestellten in der rechtsrheinischen Braunkohlenindustrie ein neues Gehaltsabkommen zustande gekommen. Die Gehälter werden um 6 % gekürzt. Der Zuschlag für Mehrarbeit fällt weg, dagegen bleiben die sozialen Zulagen bestehen. Das Abkommen gilt bis Ende März 1932.

Die Unternehmer hatten 10 % Gehaltskürzung, sowie Wegfall der sozialen Zulagen und des Zuschlages für Mehrarbeit gefordert.

Die vorstädtische Kleinsiedlung.

Der Reichskommissar über die Richtlinien der Regierung.

SPD. Die Richtlinien der Reichsregierung über die Errichtung von Stadtrand-
siedlungen und Schrebergärten haben wir in ihren wichtigsten Teilen bereits
veröffentlicht. Der Reichskommissar für diese Siedlungsprojekte, Regierungs-
präsident Dr. Saassen gab vor der Presse über die Einzelheiten dieses Siedlungs-
programmes am Dienstag nähere Erklärungen ab.

Im Gegensatz zu den früheren übertriebenen Hoffnungen, die die Väter des
Gedankens auf diese Arbeitslosensiedlungen setzten, warnte Dr. Saassen nachdrück-
lich von übertriebenem Optimismus. Zu der vorstädtischen Kleinsiedlung bemerk-
te der Reichskommissar, dass die Siedlerstellen so gross sein müssen, dass die
Beschaffung des Lebensunterhaltes für die Familien der Erwerbslosen durch den
Ertrag der Grundstücke wesentlich erleichtert wird, sodass in absehbarer Zeit
die öffentlichen Fürsorgelasten für die Erwerbslosen gesenkt werden können. Ob-
wohl also in diesem Programm selbst zum Ausdruck kommt, dass die neue Siedlungs-
stelle noch keine Existenzgrundlage gibt, halten die Richtlinien von vornherein
an der verhängnisvollen Einstellung einer Kürzung der Unterstützungssätze fest.

Die einzelnen Siedlungsstellen sollen in der Regel nicht unter 600 und
nicht über 5 000 Quadratmeter gross sein. Möglichkeiten einer späteren Vergrös-
serung der einzelnen Stellen sollen aber im Aufteilungsplan berücksichtigt wer-
den.

Als Siedler kommen nur Erwerbslose und Kurzarbeiter in Frage, die sich
freiwillig melden und eine Mindestzahl von Arbeitstagen an der Aufschliessung
des Geländes oder der Errichtung der Gebäude mitgearbeitet haben. Besonders be-
vorzugt sollen als Siedler geeignete langfristige Erwerbslose und kinderreiche
Familien werden. Die Grundstücke für die Kleinsiedlungen sollen in erster Linie
ohne Aufwand von Barkapital aus dem Eigenbesitz öffentlicher Körperschaften
zur Verfügung gestellt werden. Die Grundstücke sollen möglichst so gelegen sein,
dass bei einer Besserung der Wirtschaftslage die erwerbslosen Siedler wieder
eine haupt- oder nebenberufliche Tätigkeit aufnehmen können. Gegenüber der öf-
fentlichen Kritik erklärte der Reichskommissar, dass man Siedlungsaufgaben
nicht lösen könne, wenn man den Grosstädter unvermittelt auf das Land zurück-
siedle. Die Beispiele aus der jüngsten Vergangenheit sollten in dieser Beziehung
schrecken. Diese vorstädtische Kleinsiedlung aber sei ein durchaus gesunder
Uebergang, um die Kleinsiedler auf ihre Bewährung für grössere landwirtschaft-
liche Siedlungen zu erproben. Zu der viel umstrittenen Frage der Qualität die-
ser Kleinsiedlungen betonte Dr. Saassen nachdrücklich, dass die Primitivität
der Wohngebäude und Stallungen auf keinen Fall zu weit getrieben werden dürfe.
Eine Uebertreibung in dieser Beziehung müsste den Siedlern von vornherein die
Lust an der Arbeit nehmen und auch später zwangsläufig zu schweren Unzutrag-
lichkeiten führen. Die Kosten für eine Siedlungsstelle sind mit höchstens 3 000
Mark ohne den Grund und Boden angesetzt. Das Reich gewährt hierzu Darlehen im
Höchstbetrage von 2 500 Mark je Stelle. Diese Darlehen sind auf Verlangen des
Reiches dringlich sicher zu stellen, mit 4 Prozent zu verzinsen und mit 1 Pro-
zent zu tilgen. Für die ersten drei Jahre wird der Zinssatz allgemein auf 3 Pro-
zent ermässigt. Bringt der Siedler ausschliesslich des Wertes seiner Arbeit
(500 Mark) mindestens 30 Prozent der Gesamtkosten selbst oder durch den Sied-

lungsträger auf, so wird der Zinssatz für das Darlehen auf 2 Prozent gesenkt. Die Verzinsung der Reichsdarlehen setzt nicht sofort ein, sondern beginnt zu Anfang des Jahres, das der ersten Ernte folgt.

Die Auswahl geeigneter Erwerbsloser erfolgt durch die Träger der Siedlung, also die Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände in Zusammenarbeit mit den Fürsorgestellen und den Arbeitsämtern. Weiter ist die Aufgabe der Siedlungsträger, die einzelnen Siedlungsvorhaben zu organisieren, das Land zu beschaffen und die Siedlungspläne aufzustellen. Nach Abschluss der Bauarbeiten haben die Siedlungsträger den Bewerbern die Siedlerstellen pachtweise zu übertragen. Die Pacht ist von der Uebergabe der Siedlerstelle an zu zahlen. Sind die Siedler drei Jahre lang ihren Verpflichtungen nachgekommen, so haben sie einen Anspruch, die Grundstücke als Eigentum oder in Erbpacht zu erhalten. Die Siedlungsträger sind ferner verpflichtet, die Siedler zu betreuen und für die erforderliche Wirtschaftsberatung zu sorgen.

An der Idee, die Siedlungsbauteilen durch freiwilligen Arbeitsdienst vorzunehmen, halten die Richtlinien fest. Wir halten diesen Weg nach wie vor für verhängnisvoll, da er in jeder Form zur Lohndrückerei führen muss und sich infolge der Ausschaltung der Facharbeiter auch ohne Zahlung von Arbeitslohn teurer stellen muss. Zu der Forderung der privaten Bauwirtschaft und der Architektenverbände, mit den Bauarbeiten ausschliesslich das private Unternehmen zu beauftragen, erklärte der Reichskommissar, dass in erster Linie natürlich der Apparat der Gemeinden und Gemeindeverbände einzusetzen sei, dass aber das private Baugewerbe gleichfalls berücksichtigt werden soll, wenn seine Angebote entsprechend billig gehalten sind.

Das Programm der Kleingartensiedlung haben wir bereits bei der Veröffentlichung der Richtlinien kritisiert. An dieser Kritik halten wir auch nach den neuesten Erklärungen des Reichskommissars fest. Wenn Dr. Saassen der Meinung ist, im Laufe des nächsten halben Jahres 20 000 Kleinsiedlerstellen und 80 000 Kleingartenstellen zu schaffen, was uns bei den zur Verfügung stehenden Mitteln zu hoch erscheint, so würden nach den Vorschlägen der Sozialdemokratie allein 150 000 Kleingartenstellen errichtet werden können. Obwohl das wichtigste Ziel dieses Siedlungsprojektes die Entlastung des grosstädtischen Arbeitsmarktes ist, ist aber die Regierung auf diese Vorschläge nicht eingegangen.

Als ein heisses Eisen bezeichnete der Reichskommissar die Grenzfrage bei den Kommunen und Ländern. Um hier von vornherein Schwierigkeiten für die Siedlungsarbeiten aus dem Wege zu schaffen, müssten von diesen öffentlichen Körperschaften weitgehende Zugeständnisse im Interesse einer reibungslosen Durchführung erwartet werden.

SPD. In dem jetzt veröffentlichten Reichsbankausweis vom 7. November zeigt sich zum ersten Male nach der Kreditkrise im Juli bei dem Status der Bank eine Wiederkehr des normalen Entlastungsrythmus.

In der ersten Novemberwoche hat sich die gesamte Kapitalanlage der Reichsbank um 306,7 auf 4 645,3 Millionen Mark verringert. Der Rückgang bei den Wechsel- und Scheckbeständen beläuft sich auf 179,4 und bei den Lombardbeständen auf 127,2 Millionen. Wechsel werden danach mit 3 830,1 und die Lombards auf 112,3 Millionen ausgewiesen. Die Reichsbank ist also bereits in der ersten Novemberwoche um 68,5 Prozent ihrer Ultimoansprüche entlastet worden. Demgegenüber hatte die anormale Kreditlage in Deutschland in der ersten Oktoberwoche gegenüber dem Ultimo September sogar noch eine verstärkte Belastung der Reichsbank bewirkt, während die Entlastung in der ersten Septemberwoche gegenüber Ultimo August nur 9 Prozent betrug. In diesem Zusammenhang ist bemerkenswert, dass nach unseren Informationen auch in der letzten Woche die Neueinreichungen von Wechseln bei der Reichsbank nur einen sehr geringen Umfang angenommen haben. An Noten sind in der Berichtswoche 211,4 Millionen in die Kassen der Reichs-

bank zurückgeflossen, womit sich der Umlauf an Reichsbanknoten und Rentenbankscheinen auf 4 955,8 Millionen verringert hat. Die Gründe für diesen verhältnismässig geringen Notenrückfluss liegen darin, dass die Privatwirtschaft zur Rückzahlung ihrer Wechselkredite sehr stark auf ihre Giro Guthaben zurückgegriffen hat. Dies zeigt sich deutlich in der erheblichen Senkung der fremden Gelder, die um 119,2 auf 398,9 Millionen gesunken sind - einen Schatten auf dieses günstige Bild wirft aber die Entwicklung auf dem Gold- und Devisenkonto, die nach wie vor unerfreulich bleibt. Auch in der Berichtswoche ist ein wenn auch leichter Verlust an Gold und deckungsfähigen Devisen eingetreten. Die Abgänge betragen 13,3 Millionen, womit sich die Bestände auf 1261,9 Millionen vermindern. Die Deckung der Noten durch Gold und deckungsfähige Devisen hat sich mit 27,8 gegen 26,9 Prozent in der vorhergehenden Woche etwas gebessert. Der nach wie vor schlechte Zustand der Gold- und Devisensituation bei der Reichsbank sollte für die Reichsbankleitung ein Anlass sein, mit aller Schärfe an die Erfassung der Exportdevisen heranzugehen.

SPD. Die Aktionäre des Schultheiss-Patzenhofer-Konzerns hielten am Dienstag in Berlin eine Protestversammlung ab, an der auch der Vorsitzende einer zweiten starken Minderheitsgruppe, des sogenannten Schutzverbandes der Schultheiss-Patzenhoferaktionäre, teilnahm. Der Zusammenschluss dieser beiden Aktionärgruppen ist damit vollendete Tatsache geworden.

Der Vorsitzende bemängelte nach einer Darstellung der Geschäfte des Generaldirektors Katzenellenbogen, dass die Staatsanwaltschaft nicht energisch genug durchgreife. Scharf kritisiert wurde auch die Tatsache, dass in der Prüfungskommission Persönlichkeiten sassen, die mindestens durch Fahrlässigkeit mit zum Zusammenbruch beigetragen hätten. Durch Zusammenschluss der Aktionäre müsse die Gesellschaft gezwungen werden, gegen Aufsichtsrat und Vorstand vorzugehen. Klage wegen Prospekthaftung müsse gegen die Banken und Persönlichkeiten erhoben werden, die den Prospekt mit den falschen Angaben unterzeichnet hätten. Eine zweite Aktionärversammlung findet am Donnerstag in Berlin statt. -

Berliner Viehmarkt.

(10. November 1931).

SPD. Bei starkem Auftrieb waren die Preise auf dem Dienstagmarkt grösstenteils rückgängig. Das besonders starke Angebot auf dem Schweinemarkt führte in allen Klassen bei ziemlich lebhaftem Geschäft zu Preisabschlägen. Auf dem Hammelmarkt blieb das Geschäft bei etwas grösserem Angebot sehr still. Auch der erhöhte Rinderauftrieb hatte Preisnachlässe zur Folge, mit Ausnahme der Ochsenpreise, da hier ziemlich knappes Angebot vorlag.

Notierungen: Schweine: a. über 300 Pfund - (50-51), b. 240 bis 300 Pfund 45-47 (49-51), c. 200 bis 240 Pfund 43-45 (47-50), d. 160 bis 200 Pfund 40-43 (44-47), e. 120 bis 160 Pfund 37-39 (41-44), Sauen 38-39 (43-44). Kälber: b. 55-65 (56-65), c. 35-55 (35-55), d. 20-30 (20-30), Schafe: a. 34-36 (38-42), b. 31-33 (34-37), c. 26-30 (27-32), d. 16-22 (18-24). Kühe: a. 25-28 (27-30), b. 20-24 (22-25), c. 16-19 (17-20), d. 10-15 (13-16).

Lustlos bei knappem Angebot.

(Berliner Getreidebörse vom 10. November.)

SPD. Die Stimmung an der Berliner Produktenbörse war am Dienstag wieder recht ruhig. Die herrschende Unsicherheit verhinderte jede grössere Geschäftstätigkeit. In prompter Ware ist das Angebot an Weizen weiter spärlich, jedoch lassen sich durch die Zurückhaltung der Käufer nicht immer die letzten Preise erzielen. Auch Roggen war spärlich angeboten. Hier war die Kauflust aus allen Teilen des Reiches reger, sodass sich die Preise behaupten konnten. Am Markte der Zeitgeschäfte machten sich für beide Brotgetreidearten leichte Preisrückgänge bemerkbar. Das Mehlgeschäft blieb weiter unentwickelt und die Forderungen der Mühlen lauten unverändert. Hafer erzielte unveränderte Preise, obwohl bei ruhiger Kauflust die Umsätze sehr klein blieben.

	9. November	10. November
	(ab märkische Station in Mark)	
Weizen	228 - 231	227 - 230
Roggen	198 - 200	198 - 200
Braugerste	175 - 178	174 - 178
Futter- und Industrierogerste	172 - 175	170 - 173
Hafer	150 - 155	150 - 155
Weizenmehl	29,00-33,00	28,75-32,75
Roggenmehl	27,90-30,00	27,75-29,90
Weizenkleie	10,75-11,00	10,75-11,00
Roggenkleie	10,50-11,00	10,50-11,00
Handelsrechtliche Lieferungsgeschäfte: Weizen Dezember 242 = 241 (Vortag 242½), März 250 (250½). Roggen Dezember 296½ = 206½ (206½), März 212-210 (212). Hafer Dezember 165½ = 165 (165½), März 174 (174½).		

Rauhfutternotierungen.

(Berlin, den 10. Nov. 31)

Drahtgepresstes Roggenstroh (Quadratballen)	RM	=,80	=	1,00
" Weizenstroh "	"	=,55	=	,75
" Haferstroh "	"	=,70	=	,85
" Gerstenstroh "	"	=,60	=	,75
Roggen-Langstroh, 2 Mal mit Stroh gebündelt	"	=,65	=	,90
Bindfadengepresstes Roggenstroh	"	=,50	=	,70
" Weizenstroh	"	=,50	=	,60
Häcksel	"	1,25	=	2,45
	Tendenz stetig			
Handelsübliches Heu, gesund und trocken	"	1,30	=	1,60
Gutes Heu, gesund und trocken	"	1,80	=	2,10
Luzerne, lose	"	2,40	=	2,70
Thymothee, lose	"	2,35	=	2,65
Kleeheu, lose	"	2,25	=	2,55
Drahtgepresstes Heu		30 Pfg. über Notaz.		
	Tendenz ruhig.			